

epd medien online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Frank Hinte.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd medien: Dr. Volker Lilienthal (verantw.), Diemut Roether, Michael Ridder.

Erscheinungsweise: zweimal wöchentlich. Bezugspreis Online-Abonnement monatl.: 53,20 €
(Studierende mtl. 47,80 €), Kombi-Abonnement epdmedien online und als Heft 95,40 €,
Printversion 61,- € (Preise jeweils incl. MWSt und Versand / Inland,
im Ausland excl. MWSt).

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: vertrieb@epd.de

Redaktion epd medien (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-141,

Fax: 069/58098-261, E-Mail: medien@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für
epd medien online gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. epd medien darf nur mit Zustimmung
des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbrei-
tet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

epd medien

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

22. Oktober 2008 **84**

INHALT **Schlüsselaufgabe**

Effizientes Management für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk / *Von Lutz Marmor* ____ 3

Das Mautsystem des Fernsehens

Die AGF führt 2009 ein neues Messsystem ein / *Von Helmut Merschmann* _____ 6

Inland

Fernsehmacher weisen Kritik Reich-Ranickis zurück _____ 9

Reich-Ranicki: Fernsehmacher müssen sich mehr Mühe geben _____ 9

ARD sieht sich vertraglich nicht an Tour de France gebunden _____ 10

TV-Streit: Kartellamt lehnt Kirch-Antrag auf Akteneinsicht ab _____ 11

NRW-Datenschutzbeauftragte rügt den WDR _____ 12

ARD-Vorsitzender: Spezielle Formate für das Internet entwickeln _____ 13

Oettinger für mehr Medienerziehung durch Eltern und Lehrer _____ 14

Rechtsstreit über Schlösserfotos geht voraussichtlich zum BGH _____ 14

TV-Firma weist Verdacht der Schleichwerbung im WDR zurück _____ 15

HR löscht Bankhofer-Inhalte aus Online-Angebot _____ 15

Deutsche Tageszeitungen verlieren weiter an Auflage _____ 16

Marmor: Bevölkerungsrückgang bringt Gebührenverluste _____ 17

ARD und ZDF wollen Satellit nur noch digital _____ 17

EU-Sprecher fordert „renitenten Journalismus“ _____ 17

Selbstkontrollen arbeiten enger zusammen _____ 19

Weitere Inlandsmeldungen ab Seite _____ 20

Ausland

Frankreich will Rückstand bei der Digitalisierung aufholen _____ 24

Polen: Kaczynski bedroht nach Interview TV-Journalistin _____ 24

Niederländischer Kameramann durch russische Streubombe getötet _____ 25

RoG fordert Verlängerung von Arbeitererleichterungen in China _____ 25

Großbritannien hat die meisten TV-Kanäle in Europa _____ 26

Kritik

„Der Besuch der alten Dame“ von Nikolaus Leytner und Susanne Beck (ARD/ORF) ____ 26

„Einer bleibt sitzen“ von Tim Trageser und Matthias Pacht (ARD/BR) _____ 27

„Charlotte Roche unter ...“ von Jochen Schmitz und Eric Pfeil (3sat/ZDF/SF) _____ 28

„Recherchegespenst“ von Leopold von Verschuer und Kathrin Röggl (Bayern 2) ____ 29

Dokumentation

12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag: VPRT appelliert abermals an die Länderchefs _ 30

Das Fernseh-Nörgeli. Wenn Geist und Unterhaltung sich treffen

epd Was bisher geschah: Der Kritikerpapst Marcel Reich-Ranicki wollte den Ehrenpreis des Deutschen Fernsehpreises nicht haben, bekam dafür eine Sendung im ZDF und bot Moderator Thomas Gottschalk das Du an.

Das Streitgespräch „Aus gegebenem Anlass“ zwischen den neuen Duzfreunden Thomas und Marcel, das das ZDF am Freitagabend zeigte, brachte vor allem tiefere Einblicke in das Seelenleben eines Thomas Gottschalk, der sich darüber beklagte, dass er vom Feuilleton regelmäßig in die Tonne getreten werde, während ihm die Klofrauen jubelten. So kann es gehen: Da hat einer schon zwölf Millionen Zuschauer und will dann partout auch noch vom Feuilleton geliebt werden. Marcel, der ja durchaus Sinn für gute Auftritte hat, gab dem Thomas die Streicheleinheiten, um die er bettelte: „Du kannst auf die Bühne gehen und Guten Abend sagen, und die Leute sind glücklich.“

Es war zu erwarten gewesen, dass die Begegnung zwischen Reich-Ranicki und Gottschalk, die Claus Kleber zuvor im „heute journal“ als die „reizvollste Begegnung zwischen Geist und Unterhaltung seit der Ehe von Marilyn Monroe und Arthur Miller“ angekündigt hatte, wenig neue Erkenntnisse bringen würde. Beide Gesprächspartner blieben im Allgemeinen, die einzige TV-Sendung, die Marcel Reich-Ranicki konkret erwähnte, war die Neuverfilmung von „Der Besuch der Alten Dame“ mit Christiane Hörbiger, die kürzlich in der ARD zu sehen war. Der Film habe ja ganz gut angefangen, urteilte der Kritiker, er sei dann aber in der zweiten Hälfte immer schlechter geworden. Den Volontären, die (wie der Kritiker meint) in den Zeitungen neuerdings für die Programmkritik zuständig sein sollen, würde man eine so schwache Argumentation nicht durchgehen lassen.

Bewiesen haben Gottschalk, Reich-Ranicki und das ZDF mit dieser Sendung vor allem, dass man, wenn „Bild“ nur kräftig sekundiert, selbst für eine langweilige Kultursendung noch 3,5 Millionen Zuschauer mobilisieren kann. Von Zeit zu Zeit sieht man den Alten gern.

Vielleicht gibt es ja nun, da der viele Lärm um Nichts langsam verklingt, die Gelegenheit, über die wirklichen Probleme des Fernsehens zu reden. Darüber zum Beispiel, warum Programmplaner das, was einmal erfolgreich war, so häufig wiederholen, bis das ganze

Programmschema mit Casting-Formaten, Tierdokus-aps, Telenovelas, Kochshows, Pathologenserien und Johannes B. Kerner zugemüllt ist und leider leider überhaupt kein Platz mehr für anderes. Man denke nur an so schöne Sendungen wie die „WIB-Schaukel“, die das ZDF so fahrlässig versenkt hat, an so wunderbare Serien wie „Dr. Psycho“, deren Verlängerung bei ProSieben alles andere als sicher ist, oder an einen Film wie „Good Night and Good Luck“, den die ARD nach Mitternacht zeigt.

Man könnte darüber reden, warum Dokumentationen bei öffentlich-rechtlichen wie privaten Sendern so lange und so gründlich formatiert werden, bis sie alle gleich aussehen. Oder darüber, warum Geschichtssendungen – wie etwa „Geheimnis Geschichte“ in der ARD – nichts anderes sind als die Verlängerung der Boulevardsendung „Brisant“ mit anderen Mitteln. Man könnte auch darüber reden, warum Feuilletonisten, allen voran diejenigen, die „sowieso schon lange nicht mehr fernsehen“, mit solcher Leidenschaft über das Blödsinns-TV diskutieren, als habe zum ersten Mal einer erkannt, dass der Kaiser nackt ist. Und warum sie immer noch nicht auf der Höhe ihres Gegenstands sind.

Man könnte aber auch einfach mal hingucken: Anschaulich wurde die Krise des deutschen Fernsehens in der Sendung „aspekte“, die am Freitagabend im ZDF auf „Aus gegebenem Anlass“ folgte. Hier nämlich sprachen die Moderatoren Luzia Braun und Wolfgang Herles derart penetrant selbstgefällig darüber, wie sie als die „letzten Mohikaner“ die Kultur im Fernsehen hochhalten und ständig die Qualitätsdebatte führen, dass man sich wundern müsste, wenn am Ende überhaupt noch jemand zusah. Die Moderatoren sparten nicht mit Allgemeinplätzen: „Die Zeiten sind härter geworden“, hieß es da. „aspekte“ gehört übrigens zu den Sendungen, die Reich-Ranicki jetzt „exklusiv für ‚Bild‘“ empfohlen hat. So reizvoll gehen Geist und Boulevard Hand in Hand.

Ende der Neunziger Jahre, als Marcel Reich-Ranicki „Literarisches Quartett“ noch die literarische Debatte dominierte, brachte ein findiger Verlag (es kann nur Eichborn gewesen sein) das „Bücher-Nörgeli“ auf den Markt, eine Quietschfigur aus Gummi mit dem Konterfei des Kritikerpapstes. Wo bleibt das „Fernseh-Nörgeli“, das, wenn man draufdrückt, die Worte „Blödsinn“ und „abscheulich“ von sich gibt? Eichborn, bitte übernehmen Sie!
dir

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evang. Publizistik (GEP)
gGmbH in Frankfurt am Main.
GEP-Direktor: Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Frank Hinte

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Dr. Thomas Schiller

epd medien: Dr. Volker Lilienthal
(Verantw. Redakteur),
Diemut Roether, Michael Ridder

Erscheinungsweise: zweimal
wöchentlich. Monatsabonnement:
61,- € inkl. MWSt, im Ausland
exkl. MWSt zuzüglich Versand.
Nachdruck nur mit Vertrag.
Druck: druckhaus köthen

Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261
E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de



Schlüsselaufgabe

Effizientes Management für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk / Von Lutz Marmor

epd Wirtschaftliches Handeln ist eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Unternehmensführung. Dies gilt für privatwirtschaftliche Unternehmen wie auch für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. Die zentralen Zielsetzungen des jeweiligen unternehmerischen Handelns sind aber grundverschieden: Während private Sender vor allem eine möglichst hohe Rendite auf das eingesetzte Kapital anstreben müssen, wobei das Programm Mittel zum Zweck ist, haben ARD und ZDF den originären Auftrag, für das zur Verfügung stehende Geld das bestmögliche Programm zu bieten. Temporäre Überschüsse werden im Gebührensystem auf Folgeperioden verrechnet und eins zu eins für das Programm eingesetzt.

Bei allen Unwägbarkeiten des Gebührenfestsetzungsverfahrens ist es in der derzeitigen Situation sicherlich ein erheblicher Vorteil für ARD und ZDF, den aktuellen Belastungen des Finanzmarktes nicht ausgesetzt zu sein. Umso mehr muss es der Anspruch von ARD und ZDF sein, die Belastungen für die Gebührenzahler für das Programmportfolio so gering wie möglich zu halten.

Noch dazu ist der Weg in die digitale Welt für die ARD von seit Jahren unterhalb der Inflation liegenden Gebührenanpassungen geprägt. Die Zeiten des „Sowohl-als-auch“ sind vorbei. Es gilt nach der Devise: „Entweder – oder“ Prioritäten zu setzen. In dieser Situation kommt weiteren Effizienzverbesserungen eine Schlüsselfunktion zu, um notwendige Spielräume zu erhalten. Die Landesrundfunkanstalten haben sich schon seit Jahren auf diesen Weg begeben. Am Beispiel des NDR möchte ich darlegen, wie betriebswirtschaftliche Strukturen verändert, moderne Managementinstrumente rechtzeitig eingeführt wurden und wie die Herausforderungen der Zukunft angenommen werden.

Transparenz der Zahlen – intern wie extern

Spätestens seit dem Aufkommen der kommerziellen Rundfunkanbieter in den 1980er Jahren haben die öffentlich-rechtlichen Sender ihre internen Steuerungsmechanismen, Kostenrechnungs- und Controllingssysteme weiterentwickelt. Weitere Managementinstrumente wie eine strategische Unternehmensplanung mit Szenariotechniken und Portfolioanalysen sind zentrale Elemente der Unternehmenssteuerung zumindest in den großen ARD-Anstalten.

Der WDR zählte zum Beispiel Anfang der 80er Jahre zu den ersten 20 Pilotanwendern der Kostenrechnung

von SAP. Ich selbst hatte damals als junger Abteilungsleiter Rechnungswesen beim WDR das Vergnügen, mit Hasso Plattner, einem der Unternehmensgründer und späteren Vorstandsvorsitzenden und Aufsichtsratsvorsitzenden der SAP AG, detailliert über Kostenrechnungssysteme und ihre adäquate Adaption auf öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten zu diskutieren. Mittlerweile verfügen alle ARD-Anstalten über ausgefeilte Controllingssysteme, die eine präzise finanzielle Planung und Kontrolle und eine rasche Anpassung an neue Entwicklungen erlauben.

Reformdruck

epd „Schmerzfrei restrukturieren“ – so war Anfang August ein Gastbeitrag des ehemaligen Bavaria-Geschäftsführers Dieter Frank überschrieben (epd 61/08). Frank, der inzwischen Gründungsgeschäftsführer der neuen Bavariapool geworden ist (epd 78-79/08), sah einen großen Reformdruck auf dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk lasten. Lutz Marmor, Intendant des Norddeutschen Rundfunks, widerspricht Frank heute in einzelnen Punkten. Marmor zufolge haben ARD und ZDF ihre Reformaufgaben schon vor langen Jahren erkannt und befinden sich in einem permanenten Prozess der funktionsgerechten Anpassung an einen wechselnden Medienmarkt. In unserer kleinen Reihe über die Sender als Wirtschafts- und Verwaltungsbetriebe hatte sich auch Ernst Elitz, der Intendant des Deutschlandradios, geäußert. Sein Thema in epd 64/08 waren staatliche Vorgaben „und hypertrophes Verwaltungsgebaren“.

Entgegen der Annahme von Dieter Frank in seinem epd-Gastbeitrag hat der NDR niemals eine kameralistische Buchführung gehabt. Bereits seit 1956 erstellt der NDR eine Aufwands- und Ertragsrechnung und eine Bilanz. Zudem ist der NDR seit 1992 gemäß § 32 seines Staatsvertrags verpflichtet, einen Jahresabschluss und Lagebericht sowie als erste öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt auch einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften aufzustellen. Er orientiert sich damit in der externen Rechnungslegung an DAX-notierten Wirtschaftsunternehmen, ohne allerdings den zu extrem kurzfristigem Handeln verführenden Zwängen einer laufenden Quartalsberichterstattung zu unterliegen.

Im Ergebnis sorgt die vorgeschriebene Rechnungslegung für Transparenz: Anders als bei öffentlichen Haushalten werden Pensionsverpflichtungen über Rückstellungen in den Bilanzen vollständig ausgewiesen. Gleichzeitig stehen diesen – in der Tat zum Teil erheblichen – Pensionsrückstellungen durch eine vorausschauende, solide Finanzpolitik der Landesrundfunkanstalten, vor allem aber auch durch die Anerkennung der daraus resultierenden Finanzbedarfe durch die KEF entsprechende aktivische Vermögen in Form von Deckungsstöcken gegenüber. So sind beim NDR 2007 die Pensionsverpflichtungen zu 83 Prozent über Deckungsstöcke abgesichert. Dies ist auch im Vergleich zu DAX-Unternehmen ein sehr solider Wert. Es entspricht deshalb nicht den Tatsachen, dass Pensionslasten die Haushalte „erdücken“, wie es Dieter Frank in seinem Aufsatz befürchtet.

Tarifvertragliche und strukturelle Reformen

Dies liegt auch daran, dass es Anfang der 1990er Jahre beginnend und regelmäßig fortgeführt – zuletzt 2005 – bei der Altersversorgung durchgreifende Reformen gegeben hat. Die ARD-Anstalten haben für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Anfang der 90er Jahre eingestellt wurden, einen radikalen Systemwechsel vollzogen. Das ursprünglich aus dem öffentlichen Dienst stammende System der sogenannten Netto-Gesamtversorgung früherer Jahre wurde für die neu eintretenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgeschafft. Auch die Altersversorgung für vor 1993 eingestellte Mitarbeiter wurde in mehreren Stufen verändert und im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten begrenzt.

Durch diese mit den Gewerkschaften vereinbarten Reformen gehen zum Beispiel die Einschnitte der Riester-Rentenreform und anderer Leistungskürzungen der gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr zu Lasten der Sender, sondern sind – wie auch bei anderen Unternehmen üblich – von den Mitarbeitern selbst zu tragen.

Die beschriebenen Instrumente der Unternehmensplanung haben dem NDR Anfang der 90er Jahre vor Augen geführt, dass es tiefgreifender struktureller Reformen bedurfte, um bei voraussehbaren demografischen Entwicklungen, bei prognostizierten Gebührenentwicklungen und bei den seinerzeit vorhandenen Aufwandsstrukturen auch im 21. Jahrhundert zukunftsfähig zu sein. Entsprechend hat mein Vorgänger Jobst Plog für den NDR Anfang bis Mitte der 90er Jahre das Projekt „Zukunftssicherung und Kostensenkung“ (ZuKo) aufgelegt: Unter Einsatz von Methoden, die aus der Unternehmensberatung bekannt sind, wurden Strukturen überprüft und verändert, Fixkosten

abgebaut und Erträge optimiert, um programmliche Handlungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken.

Von 1994 bis 2009 hat der NDR so 760 Planstellen sozialverträglich ohne Entlassungen abgebaut und gleichzeitig für strategische Projekte 145 Stellen neu geschaffen. Der Planstellenbestand ist damit real um 615 Stellen – also rund 15 Prozent – gesunken und das bei gleichzeitig ausgeweiteten Programmleistungen.

Umgesetzt wurde dieser Ab- und Umbau durch grundsätzliche Reformen und Organisationsveränderungen (Auflösung der Technischen Direktion, Einführung eines Facility Managements, Abbau von Hierarchien, Entbürokratisierung). Technische Entwicklungen (z.B. Digitalisierung) haben diesen Prozess positiv beeinflusst. Der NDR hat bei diesem Prozess seine Reformfähigkeit aus eigener Kraft bewiesen. Die Anstrengungen haben sich gelohnt:

Im Ergebnis konnte der NDR seine unmittelbaren Programmmittel deutlich stärker erhöhen als den Personalaufwand. So ist der Anteil der Personalaufwendungen am Gesamtaufwand des NDR seit 1994 von knapp 32 Prozent auf 24 Prozent gesunken.

Outsourcing ist kein Patentrezept

Bei den Dienstleistungen stellt sich wie auch bei Produktionen stets die Frage: Eigenleistung oder Fremdvergabe? Dieter Frank hat aus – auch aufgrund seiner beruflichen Biografie – naheliegenden Gründen in seinem Aufsatz für ein „Outsourcing first“ plädiert. Outsourcing ist aber kein Allheilmittel. Die innovativsten und erfolgreichsten Unternehmen sind nicht diejenigen, die möglichst viel auslagern, sondern diejenigen, die ihre Geschäftsprozesse reformiert, restrukturiert, aber die Kernprozesse in der eigenen Hand behalten haben. So gehört gerade die aktuelle, tägliche Programmproduktion in Hörfunk und Fernsehen zweifellos zum Kerngeschäft einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt.

Anderes gilt zum Beispiel für einen großen Teil der Facility Management-Dienstleistungen. Hier muss schlicht gerechnet werden, welche Entscheidung wirtschaftlich günstiger ist. Bei der fiktionalen Produktion kommt ein entscheidender Faktor hinzu: Jede öffentlich-rechtliche Anstalt ist gut beraten, für die vielfältigen kreativen Ideen und Entwicklungen der Fernsehproduzenten offen zu sein, ohne vom Markt abhängig zu werden. Deshalb ist es – auch angesichts der massiven Konzentrationsprozesse im Produktionsmarkt – wichtig, externe Produzenten zu beauftragen, sich aber über eigene Produktionstöchter wie Studio Hamburg auch den eigenen Marktzugang

offenzuhalten. Diese Töchter müssen sich allerdings dem Markt stellen und dürfen – schon aus eigenem Interesse der öffentlich-rechtlichen Sender, aber auch aus wettbewerbs- und europarechtlichen Gründen – weder durch Gebührengelder subventioniert noch bei der Auftragsvergabe begünstigt werden.

Es gibt also kein Patentrezept für wirtschaftliches Handeln nach dem Motto: „Outsourcing first“. Outsourcing hat für die Landesrundfunkanstalten einen entscheidenden Nachteil: Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sind nicht vorsteuerabzugsberechtigt. Sie müssen aber beim Bezug externer Leistungen 19 Prozent oder 7 Prozent Mehrwertsteuer entrichten, die bei ihnen unmittelbar Aufwand darstellen. Hinzu kommen Gewinnzuschläge der Anbieter. Outsourcing ist also keineswegs per se wirtschaftlich, sondern muss im Einzelfall sorgfältig geprüft werden oder, anders ausgedrückt: Outsourcing lohnt sich nur, wenn der Anbieter die Geschäftsprozesse sehr deutlich günstiger organisiert, als man es selbst könnte. Eine nicht unbeträchtliche Outsourcing-Hürde! Entscheidend ist der jeweils entstehende Gesamtaufwand, deshalb empfinde ich es als Ökonom fast schon als albern, dass bei Vergleichen von ARD, ZDF und privaten Sendern immer noch simpel die Köpfe der Mitarbeiter gezählt werden.

Im Ergebnis ist das kein Plädoyer dafür, alles selbst zu machen, sondern dafür, eine geeignete Mischung aus Eigenfertigung und Fremdbezug zu finden. Bei den mit der Produktion verbundenen Auslastungsschwankungen ist es völlig klar, dass keine wirtschaftlich geführte Rundfunkanstalt alle Kapazitäten selbst vorhalten kann. Auslastungsschwankungen müssen durch Zukauf ausgeglichen werden. Ebenso ist es unsinnig, für alle denkbaren Geschäftsfelder die notwendigen Spezialisten vorzuhalten, wenn am Markt entsprechendes Know-how zu günstigen Konditionen erhältlich ist.

Mitarbeiter als Schlüsselfaktor für Erfolg

Bei allen Reformanstrengungen bleibt es im Kern dabei, dass im Zentrum aller Anstrengungen die Entwicklung des eigenen Personals stehen muss. Menschen machen Programm. Gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der Schlüsselfaktor für programmlichen Erfolg. Das Programm braucht auch in Zukunft strategische Planer, prägende Köpfe, kreative Gestalter und engagierte Umsetzer.

Diese Entwicklung hat der Norddeutsche Rundfunk sehr früh erkannt: Aus- und Fortbildung und eine qualitative Personalentwicklung, die insbesondere auch den Anforderungen schneller technischer und

programmlicher Veränderungen gerecht werden, sind für den NDR seit langem selbstverständlich. Im Bereich der elektronischen Medien ist der NDR der größte Ausbildungsbetrieb in Norddeutschland; bundesweit liegt er auf dem zweiten Platz hinter dem WDR. Bereits vor Jahren wurde die Fortbildung von Angebots- auf Nachfrageorientierung umgestellt.

Zusätzlich hat der NDR nach einer Untersuchung der Entwicklung bis 2020 aufgrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels ein Stipendium für Studentinnen und Studenten der Ingenieurwissenschaften aufgelegt. Mit der Initiative „Frauen in die Technik“ will der NDR zudem den Frauenanteil in den technischen Bereichen erhöhen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf ist eines der Leitprinzipien der NDR-Unternehmenspolitik. Ihre konsequente Umsetzung inklusive vieler Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt bereits heute einen Wettbewerbsvorteil im Kampf um die besten Köpfe dar.

Herausforderungen der Zukunft

Der Eindruck, es seien bereits alle Prozesse auf den Weg gebracht worden, wäre allerdings auch nicht richtig. Die digitale Zukunft stellt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aktuell vor große Herausforderungen. Viele klassische Berufsbilder verändern sich rasant. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Personalvertretungen und Gewerkschaften müssen von der Notwendigkeit weiterer struktureller Reformen überzeugt werden. Viele Prozesse dauern noch zu lange, um mit den raschen Veränderungen des Mediumfeldes Schritt zu halten.

Die Finanzsituation ist angespannt: Für die kommende Gebührenperiode 2009 bis 2012 hat die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten eine jährliche Erhöhung um 1,2 Prozent für die ARD vorgesehen. Das ist deutlich unterhalb der Inflationsrate, die sich im ersten Halbjahr 2008 bei 2,9 Prozent bewegt. Dies bedeutet, der NDR muss über einen Zeitraum von acht Jahren mit real sinkenden Einnahmen auskommen. Zum Vergleich: Die BBC bekommt derzeit eine jährliche Gebühr in Höhe von 139,50 Pfund, die im Rahmen einer Inflationsanpassung auf bis zu 151,50 Pfund im Jahr 2012 ansteigen wird. Sie erhält damit in den kommenden Jahren eine Gebührenanpassung in Höhe von 2 bis 3 Prozent p. a. und klagt dennoch über unzureichende Entwicklungschancen.

Ein Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland macht deutlich, dass die Herausforderungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland noch größer werden: Nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerung im Sendegebiet des NDR

bis zum Jahr 2020 um 150.000 Menschen abnehmen. Zudem nehmen Gebührenbefreiungen und Forderungsausfälle bei einer schlechten Wirtschaftslage und der daraus resultierenden höheren Arbeitslosigkeit zu. Die in der Medienpolitik diskutierte Abschaffung von Werbung und Sponsoring würde diese Einnahmekrise weiter verschärfen. Doch Jammern gilt nicht: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Teil der Gesellschaft. Ähnlich wie Schulen, Krankenhäuser oder Versicherungen mit diesen Entwicklungen fertig werden müssen, muss sich auch der NDR auf das Ende des Wachstums einstellen.

Bewegendes, kreatives, unterhaltendes und informatives Programm, spannende Inhalte auf allen relevanten Verbreitungswegen sind die beste und durch nichts zu ersetzende Bestandsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der Fokus muss bei allen Genres auf Qualität liegen. Qualitätsmanagement und innovative Kraft sind im Wettbewerb entscheidend.

Ziel des NDR ist es auch in Zukunft, Kultur, Kunst und Kreativität zu fördern und gleichzeitig mit den ökonomischen Notwendigkeiten zu versöhnen. Dies geht nur mit einer Konzentration auf das Wesentliche, aber auch mit

offenen Diskussionen und einer von Kommunikation geprägten Unternehmenskultur. Gerade für Medienunternehmen eine unerlässliche Voraussetzung.

Das gilt für alle Bereiche: Vom Programm, über die Produktion bis zur Verwaltung sind wir gefordert. Medienübergreifendes Denken und trimediales Arbeiten wird an vielen Stellen helfen. Auch in Zukunft wird es aber für den Erfolg unerlässlich sein, die Stärken von Fernsehen und Radio und von unterschiedlichen Formaten adäquat zu nutzen. „Online First“ ist für den NDR nicht die Parole der Stunde.

Es gilt für uns, mit vertretbarem finanziellen Aufwand alle Zukunftsoptionen offenzuhalten, ohne dabei unser Kerngeschäft Fernsehen und Radio zu vernachlässigen. Wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich das Leben. Ebenso gilt aber gerade auch in den Medien: Tue das Richtige zur richtigen Zeit! Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird gut beraten sein, nicht jedem Hype zu erliegen – andernfalls würde es teuer. Erfolg hat in der digitalen Welt derjenige, der auch bereit ist, strategisch zu verzichten. ■

Das Mautsystem des Fernsehens

Die AGF führt 2009 ein neues Messsystem ein / Von Helmut Merschmann

epd Wenn sich abends in Deutschland die Menschen vor ihr Fernsehgerät begeben und das große Flimmern beginnt, leuchten 5.640 Haushalte besonders hell. Sie sind an das Mautsystem der Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung (AGF) angeschlossen und bestimmen die Fernsehquote. Jede Programmabfahrt, die die 13.000 repräsentativ ausgewählten Teilnehmer auf der Fernsehautobahn nehmen, wird registriert. Sekundengenau kann anderntags dargelegt werden, wer welche Sendung wann und wie lange angeschaut hat. Hieraus ermittelt die AGF die Einschaltquote und den Marktanteil der Sender – wichtig bei der Preisgestaltung für das Schalten von Werbespots.

In AGF-Kreisen spricht man, wenn vom Messsystem die Rede ist, gern von einer „Währung“. Diese Währung soll nun umgestellt werden. „Ein neues Messverfahren ist notwendig, weil wir neue Nutzungsformen haben, die unser jetziges System nicht abbildet“, sagt Anke Weber, Leiterin der AGF-Geschäftsstelle in Frankfurt. Bislang werden Kabel- und Satellitenfernsehen, terrestrischer Empfang – jeweils analog und digital – sowie die Aufzeichnung per Videorekorder erfasst. Zunehmend nutzen Zuschauer jedoch auch digitale Aufzeichnungsgeräte und sehen sich die

Sendungen zu einem späteren Zeitpunkt an. Oder sie gucken über ihren Heimcomputer fern, entweder per TV-Tunerkarte oder auf den Internetseiten der Fernsehanstalten. Bei diesen Nutzungsarten musste die AGF bislang passen. Noch nicht einmal Gäste, die zum gemütlichen Fernsehabend eingeladen worden sind, können detailliert berücksichtigt werden.

Rechtzeitig gerüstet sein

In einem ersten Schritt soll ab Juli nächsten Jahres zunächst der Fernsehempfang über DVD- und Festplattenrekorder in die Messung eingehen. Derzeit kann weder der Liveempfang über solche Geräte noch das Aufzeichnen oder das Abspielen von aufgezeichneten Sendungen erfasst werden. „Wir ersetzen die Empfangsgeräte in den Haushalten durch welche, die eine Messsoftware implementiert haben“, erklärt Karin Hollerbach-Zenz, Sprecherin der technischen Kommission der AGF. „Wir wissen, dass dies einen Marktanteil von 2,2 Prozent der Zielgruppe der 14-49-Jährigen ausmacht.“

Sonderlich hoch erscheint diese Zahl nicht. Doch die AGF will rechtzeitig gerüstet sein, falls zukünftig

mehr Menschen sich vom starren Programmgerüst der Fernsehanstalten lösen und den Zeitpunkt, wann sie eine Sendung schauen, selber bestimmen. „Wenn wir den Anspruch haben, die Fernsehnutzung in Deutschland angemessen und umfänglich zu erheben“, sagt Camille Zubayr, Leiter der ARD-Fernsehforschung in München, „müssen wir uns den Nutzungsgewohnheiten der Zuschauer anpassen.“ Schon rechtlich ist die AGF dazu verpflichtet, wie Martin Berthoud, Programmplaner des ZDF und Vorstandsvorsitzender der AGF, erklärt: „Wir haben im Gesellschaftervertrag mit der AGF eine Vereinbarung, dass ab einer Marktabdeckung von fünf Prozent neue Nutzungsarten berücksichtigt und abgebildet werden müssen.“

Was ist Fernsehnutzung?

Also werden im nächsten Jahr alle 5.640 Musterhaushalte mit neuen Geräten und einer neuen Messsoftware versorgt. Ursprünglich sollte die „Währungsumstellung“ bereits im Januar erfolgen. Aufgrund von Lieferverzögerungen eines technischen Dienstleisters in Fernost kommt das Messsystem TCscore jedoch erst im Juli nächsten Jahres zum Einsatz. Ob dann gleich auch Internet-Fernsehen (IPTV), Video-on-Demand (VOD) und die Fernsehnutzung am Heimcomputer erfasst werden, gilt momentan noch als sehr unwahrscheinlich. Zum einen bedarf es einer Angleichung der technischen Verfahren zur Fernsehmessung mit denen der Online-Nutzung. Hier befindet sich die AGF in Gesprächen mit der Arbeitsgemeinschaft Online-Forschung (AGOF). Zum anderen gibt es innerhalb der Sendeanstalten und unter Forschern unterschiedliche Vorstellungen darüber, wo Fernsehnutzung aufhört und Online-Nutzung beginnt.

Die Quotenzähler der AGF lassen sich von einem traditionellen Rundfunkbegriff leiten. Linear ausgestrahltes Fernsehen – ob nun terrestrisch, per Kabel oder Satellit – gilt als Idealtypus dieser Rundfunkdefinition. Bei Abrufvideos, wie sie etwa von den Mediatheken der ARD und des ZDF oder von RTL Now im Internet angeboten werden, liegt der Fall anders. „Video-on-Demand ist nach unserer Definition keine Fernsehnutzung, die in unsere Reichweiten- und Marktanteils-werte eingeht“, sagt Karin Hollerbach-Zenz. Als Direktorin für Marketing und Research bei SevenOneMedia, dem Werbezeitvermarkter von ProSiebenSat.1, ist für sie der Umgang mit den Werbeblöcken ausschlaggebend: „Die Definition hängt damit zusammen, ob Fernsehinhalte eins zu eins übertragen werden, mit identischem Werbeangebot, oder ob sie verändert worden sind.“

Bei sogenannten „Catch-ups“ ist dies häufig der Fall. Catch-ups sind Video-Zuschnitts von Shows

wie beispielsweise „Germany's Next Topmodel“, die die Sender leicht verändert ins Internet stellen. ProSieben verzeichnete annähernd 500.000 Abrufe pro Folge dieser Casting-Show – das sind immerhin rund 15 Prozent der TV-Reichweite. Weil solche Catch-ups allerdings mit eigener Werbung (Video-Ads) ausgestattet sind, deren Botschaften gezielt auf eine Sendung und ihre Stars zurechtgeschnitten werden können, zählen sie nicht zur Rundfunkreichweite. Dass sie dennoch dem Image einer Sendung und der Marke eines Senders dienen, ist offenkundig.

Die ZDF-Mediathek konnte beispielsweise extrem hohe Zugriffe auf die „Kerner“-Talkshow verzeichnen, die die ehemalige „Tagesschau“-Sprecherin Eva Herman vorzeitig verließ. In die gesamte Reichweite der Sender flossen diese Online-Werte jedoch nicht ein. Auch der 100-Meter-Finallauf bei den Olympischen Spielen in Peking, der zu den meistabgerufenen Videos der ZDF-Mediathek zählt, hat keine Reichweitenrelevanz. „Hier handelt es sich eher um produktspezifische und senderindividuelle Betrachtungen“, sagt Martin Berthoud. Neben der offiziellen Fernsehquote operierten die Sender deshalb auch intern mit einer „Produktreichweite“, zu der man dann aber auch die DVD-Verkäufe einer Rosamunde-Pilcher-Verfilmung zählen könne. Für die Vermarktung blieben sie jedoch bedeutungslos und seien, so der Programmplaner, auch methodisch nicht einfach auf ein gemeinsames Niveau zu bringen.

Dreitagesfrist umstritten

Während es bei Video-on-Demand noch Angleichungsschwierigkeiten gibt, soll zumindest zeitversetztes Fernsehen ab nächstem Jahr in die TV-Quote einfließen. Wer Sendungen auf einem DVD- oder Festplattenrekorder aufnimmt, zeichnet die ausgestrahlte Werbung schließlich mit auf. Folglich können alle Sichtungen, die in den Testhaushalten nach der TV-Ausstrahlung erfolgen und von der Software protokolliert werden, zur Quote zählen. In AGF-Kreisen hat man sich darauf geeinigt, zeitversetztes Sehen bis drei Tage nach Ausstrahlung für die Ermittlung der Fernsehquote zu berücksichtigen. Künftig wird es dann zwei Messzahlen geben, eine „Overnight-Quote“, die am nächsten Morgen veröffentlicht wird, und eine endgültige Quote nach drei Tagen. Der Zuschauer wird dadurch immer gläserner.

Diese Dreitagesfrist ist nicht unumstritten. Manche Fernsehforscher halten einen siebentägigen Zyklus, wie er etwa in den USA, in Großbritannien und Holland angewendet wird, für angemessener. Erste Erfahrungen mit Festplattenrekordern in den USA haben gezeigt, dass vor allem Serienfolgen aufgezeichnet

werden. Die Zuschauer schauen sie innerhalb einer Woche an, bevor die nächste Folge live ausgestrahlt wird. Hierzulande geht man indessen davon aus, dass achtzig Prozent der gesamten Nutzung eines aufgezeichneten Programms innerhalb von drei Tagen stattfindet. „Auch nach zehn Tagen kleckern noch einzelne Sichtungen nach“, konstatiert Martin Berthoud und spricht von einem „Long-Tail-Effekt“: „Es gibt also einen systemimmanenten Grund, an den drei Tagen festzuhalten.“

Zur Veranschaulichung: Wenn selbst bei einem Straßenfeger wie „Wetten, dass..?“ mit mehr als zwölf Millionen Zuschauern nur drei Prozent die Sendung aufzeichnen und von diesen 360.000 Zuschauern zwanzig Prozent die Sendung erst nach den drei Tagen anschauen, ergäben das lediglich 0,6 Prozent der gesamten Reichweite. Das erscheint der hiesigen Fernsehforschung als nicht relevant genug.

Werbeblöcke werden übersprungen

Wovor die Quotenzähler gleichwohl nicht gefeit sind, ist der unbotmäßige Umgang der Zuschauer mit Werbung. Und an der hängt schließlich das gesamte System. Idealerweise sollen die Zuschauer auch bei Aufzeichnungen gebannt vor dem Gerät verharren und jeden einzelnen Werbeclip verfolgen. Tatsächlich jedoch, wie man aus Erfahrungen mit dem amerikanischen Festplattenrekorder TiVo weiß, bedienen sich viele Zuschauer des schnellen Vorlaufs und überspringen einfach den gesamten Werbeblock. Aus nachvollziehbaren Gründen hätte die werbetreibende Industrie ein Problem damit, wenn sie zwar die vollen Werbespots zahlen müsste, ihre Werbespots jedoch vom Zuschauer nicht gesehen würden.

Hier kommt Entwarnung aus den USA. In einer Studie hat Horst Stipp, Vizepräsident der Fernsehforschung beim Sender NBC, festgestellt, dass zwar sechzig Prozent der Werbeblöcke von aufgezeichneten Sendungen im Schnelldurchlauf gesehen wird. Dennoch konnten die Probanden sich am nächsten Tag an viele beworbene Produkte erinnern. „Die Erinnerung bei dreifacher Geschwindigkeit“, beschreibt Stipp im ARD-Fachblatt „Media Perspektiven“ (6/2008) seine Forschungsergebnisse, „liegt bei etwa zwei Drittel im Vergleich zu den Werten bei Live-Rezeption, bei sechsfacher Geschwindigkeit liegt sie bei einem Drittel.“

Gewisse Streuverluste hatte es ja schon immer gegeben: etwa der Gang zum Kühlschranks oder zur Toilette während der Werbepause. „Beim linearen Fernsehen hat man auch jetzt gewisse Kurven während der Ausstrahlung“, sagt Martin Berthoud. „Ich gehe davon

aus, dass es solche Effekte auch bei der zeitversetzten Nutzung gibt. Es wird aber zu keinen dramatischen Veränderungen im Vergleich zum regulären Fernsehbetrieb kommen.“ Für Werbetreibende besteht also die Hoffnung, dass ihre teuren Spots nicht ganz am Konsumenten vorbeizielern.

„Trinken Sie Bier, wenn ja, wie häufig?“

Immerhin sind es die 14–49-Jährigen, die sich der neuen Aufzeichnungsmethoden am häufigsten bedienen – und gleichzeitig die attraktivste Zielgruppe der Werber darstellen. Mit dem neuen Messverfahren ist die Forschung in der Lage, Fernsehnutzung und Konsumgewohnheiten noch enger miteinander zu verknüpfen als bisher. Denn alle am AGF-Fernsehpanel teilnehmenden Personen, und zukünftig auch deren Gäste, werden nicht nur hinsichtlich ihrer Fernsehnutzung analysiert. Mittels eines „Strukturerhebungsfragebogens“ wird auch die Verwendung bestimmter Konsumgüter in Erfahrung gebracht.

Neben soziodemografischen Angaben fragen die AGF-Forscher etwa auch nach dem Besitz eines Autos oder einer Waschmaschine, ohne deren Marken zu ermitteln. „Trinken Sie Bier, wenn ja, wie häufig?“, gehört dabei auch zum Bereich des Wissenswerten. Bei Gastzugängen sollen künftig zumindest Alter und Geschlecht in die Erhebung einfließen, möglicherweise auch einige Angaben zu den Konsumgewohnheiten. Wie praktikabel dies gestaltet werden könnte, mag man sich als Laie kaum vorstellen. Angesichts der Erfahrungen mit Public Viewing zur Zeit der Fußball-Europameisterschaft versprechen sich die Fernsehsender davon genauere Marktzahlen.

Fest steht: Fernsehforschung wird künftig komplizierter. Hinzu kommt, dass mit dem zeitversetzten Sehen nicht nur eine Analyse der Nutzung des Live-Konkurrentenumfeldes möglich wird. Auch die Nutzung einer aufgezeichneten Konserve fließt dann in die Erhebung ein. „Vielleicht konkurriere ich ja gar nicht direkt mit meinem Mitbewerber“, sagt AGF-Chefin Weber, „sondern mit einer aufgezeichneten Sendung eines Mitbewerbers vom Vortag.“ In diesem Szenario konkurriert allerdings ein Fernsehsender theoretisch zu jeder Zeit mit dem dreitägigen Vollprogramm aller Sender. Muss das nicht die künftige Programmplanung in Bedrängnis bringen? Die Forscher sehen es gelassen. Dass sich das Fernsehen kurzfristig vom „lean back“- zu einem „lean forward“-Medium verwandeln könnte, dessen Inhalte jeder nutzt, wann und wie es ihm beliebt, steht für sie nicht zu befürchten. ■

■ INLAND

Fernsehmacher weisen Kritik Reich-Ranickis zurück

Schäferkordt: Literaturkritiker kann Qualität des Fernsehens nicht beurteilen

Frankfurt a.M. (epd). **Mehrere Fernsehmacher haben die Kritik des Literaturkritikers Marcel Reich-Ranicki am deutschen Fernsehen zurückgewiesen. RTL-Geschäftsführerin Anke Schäferkordt sagte „Bild“ (18. Oktober), die Worte, die Reich-Ranicki gewählt habe, seien „eines Literaturkritikers nicht würdig“. Der ARD-Vorsitzende Fritz Raff sagte der „Wirtschaftswoche“, er habe nicht verstanden, dass die von dem Literaturkritiker angestoßene Debatte in der Lage war, die internationale Finanzkrise aus den Schlagzeilen zu verdrängen.**

Schäferkordt sagte, sie wundere sich, dass Reich-Ranicki „noch immer in so viele Kameras spricht, obwohl er das Fernsehen nicht mag“. Der Literaturkritiker schaue kaum fern und könne deshalb „die Qualität des Fernsehens nicht wirklich beurteilen“. Zweifelsohne gebe es im deutschen Fernsehen Sendungen, über die man diskutieren könne. Doch Sendungen wie „Deutschland sucht den Superstar“ und „Bauer sucht Frau“ seien „für Millionen Menschen beste Unterhaltung“.

Auch Moderator Thomas Gottschalk, der am 17. Oktober mit Reich-Ranicki in der Sendung „Aus gegebenem Anlass“ über das Fernsehen diskutierte (vgl. weitere Meldung in dieser Ausgabe), sagte dem „Spiegel“, der Literaturkritiker kenne „vieles von dem, was er pauschal kritisiert“, nicht mehr. Gottschalk sagte, er beobachte, dass sich „intellektuelle Elite und Bildungs-Prekariat in Deutschland zusehends auseinanderentwickeln“. Beide Seiten wollten immer weniger miteinander zu tun haben. Er unterhalte „nicht Zielgruppen, sondern Menschen“ und versuche, „für jeden den richtigen Ton zu finden. Ich nenne das Familienfernsehen“.

Gottschalk sagte, er mache „mitunter albernes, aber schmerzfreies Unterhaltungsfernsehen, zynismusfrei und generationsübergreifend“. Er nenne es „Überheblichkeit, wenn mir und den Leuten so etwas madig gemacht wird“.

Gerhard Zeiler, Chef der RTL Group, sagte dem „Spiegel“, er sehe „überhaupt gar keinen Grund, mit Reich-Ranicki über das Fernsehen zu diskutieren“. Er kritisierte die Entscheidung von ARD, ZDF, RTL und Sat.1, Reich-Ranicki mit dem Ehrenpreis des Deutschen

Fernsehpreises auszuzeichnen: „Die Frage ist, warum man einem Literaturkritiker, und sei er noch so renommiert, einen Fernsehpreis verleiht.“

Zeiler kritisierte auch WDR-Intendantin Monika Piel, die nach Reich-Ranickis Generalabrechnung mit dem Fernsehen gesagt hatte, sie wünsche sich, dass die Privatsender die Qualitätsdebatte „in ihren eigenen Reihen“ führen würden (epd 82/08). Der Vorstandsvorsitzende der RTL Group sagte, er habe geglaubt, „die Zeit ist vorbei, wo man gegenseitig mit dem Finger aufeinander zeigt“. Zu Zeiten von Intendanten wie Jobst Plog und Fritz Pleitgen habe es das nicht gegeben. „Aber offensichtlich kehren einige neue Intendanten und Intendantinnen wieder auf den Kurs zurück.“

Der Literaturnobelpreisträger Günter Grass sagte am 17. Oktober bei der Buchmesse, die Ablehnung des Ehrenpreises durch Reich-Ranicki sei für ihn „eher zum Lachen“. Reich-Ranicki kritisiere etwas, „was auf ihn selber zutrifft“. Ihn wundere, „wie vorsichtig alle mit ihm umgehen“. Dem Kritiker werde „die Kritik erspart“. Die Art und Weise, wie Reich-Ranicki im „Literarischen Quartett“ die Literatur „trivialisieren“ hat, ist Teil des deutschen Fernsehens. *dir*

Reich-Ranicki: Fernsehmacher müssen sich mehr Mühe geben

„Aus gegebenem Anlass“: ZDF-Diskussion mit Thomas Gottschalk über das Fernsehen

Mainz (epd). **Der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki hat die Fernsehmacher aufgefordert, sich mehr Mühe mit dem Programm zu geben. Das Fernsehen müsse sich seiner Aufgabe wieder bewusstwerden, sagte Reich-Ranicki am 17. Oktober im ZDF in der Fernsehsendung „Aus gegebenem Anlass“ im Gespräch mit Thomas Gottschalk. Das Programm müsse ein „gewisses Niveau haben“. Mehrere Senderchefs wandten sich unterdessen gegen Reich-Ranickis Pauschalkritik am Fernsehen (vgl. weitere Meldung in dieser Ausgabe).**

Reich-Ranicki, der am 11. Oktober mit dem Ehrenpreis des Deutschen Fernsehpreises ausgezeichnet werden sollte, hatte die Würdigung bei der Gala überraschend abgelehnt. Gottschalk, der Moderator der Fernsehgalas, hatte ihm daraufhin vorgeschlagen, mit ihm gemeinsam eine Sendung zu gestalten, in der sie über all das reden könnten, was im deutschen Fernsehen zu selten vorkomme. Die Sendung, die eine halbe Stunde dauere

te, hatte 3,51 Millionen Zuschauer, der Marktanteil betrug 14,4 Prozent.

Der 88-jährige Reich-Ranicki sagte, William Shakespeare, Friedrich Schiller oder Bertolt Brecht hätten sehr unterhaltende Stücke geschrieben. Diese Stücke könne man auch im Fernsehen zeigen – und zwar so, „dass die Gebildeten ihren Spaß haben und die weniger Gebildeten es auch verstehen“. Man könne aber nicht mit jeder Sendung alle erreichen wollen.

Gottschalk hielt dagegen, das Fernsehen sei dem Erfolg verpflichtet. Es müsse versuchen, möglichst viele Menschen zu erreichen. Es gebe Zuschauer, die nicht so gebildet seien, die dürfe das Fernsehen nicht vernachlässigen. Er selbst werde nach seiner Show „Wetten, dass..?“, mit der er zwischen zehn und zwölf Millionen Menschen erreiche, jedes Mal hart kritisiert: „Am Montag tritt mich das Feuilleton in die Tonne, aber die Klofrauen jubeln mir zu.“

Reich-Ranicki, der alles, was bei der Verleihung des Fernsehpreises gezeigt wurde, als «Blödsinn» bezeichnet hatte, sagte, er habe «nichts zu bedauern» und nehme nichts zurück. Was bei der Gala zu sehen gewesen sei, sei „abscheulich“ gewesen. Sehr viele Leute hätten ihn gelobt für seinen Mut, das auf der Bühne zu sagen. Dabei habe er nur «eine Banalität» gesagt.

Das Schlimmste, klagte Reich-Ranicki, seien „die vielen Clowns auf der Bühne“ gewesen. Einen kenne er sogar, der heiße Helge Schneider. Gottschalk korrigierte den Kritiker: Schneider sei gar nicht dagewesen.

Gottschalk argumentierte während des Gesprächs, das im Wiesbadener Kurhaus ohne Zuschauer aufgezeichnet worden war, aus der Sicht desjenigen, der unterhaltendes Fernsehen macht. Er verteidigte die öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF und kritisierte die Macher des Privatfernsehens: Wenn die Geschäftsführer von RTL und Sat.1 zu diesem Gespräch eingeladen worden wären, wäre das so, als wolle man einen Metzger von vegetarischem Essen überzeugen, sagte er.

Zum Ende der Sendung schlug Gottschalk vor, er werde den Preis, einen Obelisk aus Plexiglas, für Reich-Ranicki in Verwahrung nehmen. Wenn der Literaturkritiker eines Tages das Gefühl habe, dass seine Gegenrede geholfen habe, werde er ihm den Preis persönlich vorbeibringen. *dir*

ARD sieht sich vertraglich nicht an Tour de France gebunden

Meyer: „ARD ist nicht beigetreten“ – ZDF will mit ARD sprechen

Saarbrücken (epd). **Nach Darstellung der ARD stehen dem angekündigten Ausstieg aus der Fernsehübertragung der Tour de France keine vertraglichen Bindungen mit der Europäischen Rundfunkunion (EBU) im Wege. „Die ARD ist dem Vertrag der EBU zur Tour de France nicht beigetreten und hat deshalb auch keinen Vertrag für die Übertragung der Tour für die Jahre 2009 bis 2011“, erklärte ARD-Sprecher Peter Meyer am 19. Oktober in Saarbrücken.**

Meyer betonte, dass es keine Vorwürfe seitens der ARD in Richtung des Tour-Veranstalters ASO gebe. Dieser habe versucht, geeignete Maßnahmen gegen das Doping zu ergreifen. Die ASO habe aber „auch nicht verhindern können, dass einige Akteure dem Radsport weiterhin so geschadet haben, dass der sportliche Wert erheblich gesunken sei“, sagte Meyer.

Die ARD-Intendanten hatten am 16. Oktober entschieden, das bekannteste Radrennen der Welt wegen der zahlreichen Dopingfälle vorerst nicht mehr live zu übertragen. Das ZDF schloss daraufhin eine alleinige Übertragung aus (epd 83/08). Über die komplizierte Vertragssituation war vielfach spekuliert worden. Die EBU, ein Zusammenschluss öffentlicher Sender in Europa, hat mit dem Veranstalter der Tour de France einen Vertrag über den Ankauf der Rechte für die Zeit von 2009 bis 2011 geschlossen. Unklar ist jedoch, ob dieser für die EBU-Mitglieder ARD und ZDF bindend ist.

ARD-Sprecher Meyer sagte, die ARD habe der EBU rechtzeitig und in deutlichen Worten erklärt, dass die Intendanten erst nach Ablauf der Saison 2008 eine Entscheidung über die Zukunft der Berichterstattung treffen werden. Diese Entscheidung sei jetzt gefallen. Meyer bekräftigte, die ARD wolle sich zeitnah mit dem ZDF und der EBU über die Vertragslage verständigen. ZDF-Chefredakteur Nikolaus Breder hatte zuvor mehrfach erklärt, der Rechtekauf durch die EBU sei für ARD und ZDF bindend.

ZDF-Sprecher Alexander Stock sagte dem epd am 20. Oktober, man habe „zur Kenntnis genommen“, dass die ARD nicht mehr übertragen wolle. Dass eine alleinige Übertragung durch das ZDF nicht infrage komme, bedeute aber nicht, dass man sich dem Ausstiegsplan der ARD angeschlossen habe. Anderslautende Medienberichte seien falsch zugespitzt, sagte Stock. Das

ZDF werde nun das Gesprächsangebot der ARD annehmen. Einen Termin für Beratungen über die schwierige Situation gebe es noch nicht.

Im Jahr 2007 waren ARD und ZDF mitten im Wettbewerb aus der Liveübertragung ausgestiegen, 2008 hatten die beiden Sender trotz mehrerer Dopingfälle weiter übertragen. ARD und ZDF haben bisher gemeinsam etwa sieben Millionen Euro pro Jahr für die Rechte an der Tour de France bezahlt. *kfr/rid*

TV-Streit: Kartellamt lehnt Kirch-Antrag auf Akteneinsicht ab

Spekulationen über Schadenersatzklage - ARD ärgert sich über neue DFL-Pläne

München (epd). **Das Bundeskartellamt hat einen Antrag des Medienunternehmens Leo Kirch auf Beiladung zum Kartellverfahren zur Vermarktung der Fußball-Bundesliga abgelehnt. Kirchs Firma Sirius sei in das Verfahren immer eingebunden gewesen und habe daher alle nötigen Informationen erhalten, sagte Kartellamtssprecherin Silke Kaul am 20. Oktober dem epd. In der jetzigen Endphase des Verfahrens könne Sirius nichts Wesentliches mehr beitragen, deshalb entfallende auch das Recht auf Akteneinsicht. Sirius-Sprecher Hartmut Schultz sagte dem epd, man wolle das Thema „derzeit nicht kommentieren“.**

Wie die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) am 18. Oktober berichtete, hat die Wettbewerbsbehörde in einem achtseitigen Bescheid den Antrag abgelehnt, weil Kirch die Informationen für die „Durchsetzung privatrechtlicher Interessen“ hätte nutzen können. Gemeint sei damit offenbar die von Kirch angedrohte millionenschwere Schadenersatzklage gegen das Kartellamt. Der Medienunternehmer macht die Behörde dafür verantwortlich, dass die Deutsche Fußball-Liga (DFL), für die er die Bundesliga-Fernsehrechte ab 2009 verkaufen sollte, diesen Vermarktungsvertrag nach mehreren kartellrechtlichen Auflagen gekündigt hatte (epd 59/08).

Die Verantwortung dafür lehnt das Kartellamt dem Zeitungsbericht zufolge ab. Die Vorgaben für eine wettbewerbsgerechte TV-Vermarktung der Bundesliga hätten keineswegs zur Folge gehabt, „dass der Vertrag aufzulösen war“, zitiert die SZ aus dem Bescheid. Das Kartellamt hatte unter anderem verlangt, dass Zusammenfassungen der Fußballspiele samstags vor 20 Uhr im frei empfangbaren Fernsehen zu sehen sein müssten.

Aus Sicht des Kartellamts haben zu der Vertragskündigung unter anderem Zeitnot bei der Fernsehvermarktung der Liga und „begrenzte Refinanzierungsmöglichkeiten, etwa aufgrund limitierter Bankbürgschaften“ geführt. Die Behörde betont laut SZ, sie habe selbst gar keine Entscheidung getroffen und auch sonst nicht unmittelbar in die bestehenden Rechtsbeziehungen zwischen Kirch und der DFL eingegriffen. Kirchs Sportrechtfirma Sirius hatte der DFL für den Zeitraum von 2009 bis 2015 Gesamterlöse in Höhe von drei Milliarden Euro garantiert.

Samstagsspiel um 18.30 Uhr?

Die DFL hatte Ende September eine eigene Ausschreibung der Rechte angekündigt, die Ende Oktober beginnen soll (epd 78-79/08). Diese soll sich an den Vorgaben des Kartellamts orientieren. Die Liga erwägt dabei, ein Samstagsspiel um 18.30 Uhr anzusetzen, das - parallel zu einer Free-TV-Verwertung der früheren Samstagsspiele - auf einem Bezahlfernsehsender zu sehen wäre. Am Sonntag würde es dafür nur noch zwei Spiele geben. Dieses Modell zielt auf einen kleinen Exklusivitätszuwachs für den Abosender Premiere, der aktuell Inhaber der Live-Rechte ist.

In der ARD sind die neuen DFL-Pläne auf scharfe Kritik gestoßen. „Wenn die DFL der ARD ein unappetitliches Menü servieren will, indem sie das Topspiel aus dem Programm nimmt und gegen die Sportschau sendet, darf sie nicht mit Preisen wie bei einem Sternekoch kalkulieren“, sagte NDR-Programmchef Volker Herres, der zum 1. November Programmdirektor der Ersten wird. Der ARD-Vorsitzende Fritz Raff erklärte, das neue Modell stoße auf „nachdrücklichen Widerstand in den Reihen der Intendanten und der Gremien“. Auf diese Weise Zuschauer von der „Sportschau“ wegzuziehen, würde die Liga „selbst beschädigen und zulasten der Sponsoren gehen“, sagte Raff. Halte die Liga an dem Plan fest, werde das ARD-Gebot daher deutlich geringer ausfallen.

Unterdessen hat die DFL die Auslandsrechte an der Bundesliga für Nord- und Osteuropa für die Zeit von 2009 bis 2012 bereits vergeben. Die Eurosport-Gruppe werde in 22 Ländern - darunter Schweden, Polen und Tschechien - die Spiele live und exklusiv übertragen, teilte Eurosport am 20. Oktober mit. Der Rechtekauf gelte auch für die Partien der Zweiten Bundesliga.

rid/lili

NRW-Datenschutzbeauftragte rügt den WDR

Bescheid: Sender muss sich dem IFG unterwerfen – ARD-JuKo will Gutachten

Düsseldorf/Köln (epd). Die Landesdatenschutzbeauftragte von Nordrhein-Westfalen hat dem WDR einen Verstoß gegen das Informationsfreiheitsgesetz des Landes vorgeworfen. Der Sender habe gegenüber der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI NRW), Bettina Sokol, nicht wie verlangt offengelegt, welche Art von Dienstleistungsaufträgen der WDR Dritten gegenüber nicht offenlegen wolle, welche Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse dadurch betroffen wären und welcher wirtschaftliche Schaden entstehen könnte, geht aus einem epd vorliegenden Bescheid vom 26. September hervor. Der WDR, der dem epd den Eingang des Bescheids bestätigte, muss nun bis zum 30. Oktober erneut Stellung nehmen.

Ursprung der Auseinandersetzung ist eine Rechercheanfrage des freien Bonner Journalisten Marvin Oppong an den WDR. Er geht dem Verdacht nach, ob der WDR Dienstleistungsaufträge an Firmen vergibt, in denen möglicherweise auch Rundfunkratsmitglieder tätig sind. Zur Begründung seiner Anfrage hatte sich Oppong auf das nordrhein-westfälische Informationsfreiheitsgesetz (IFG NRW) berufen, dessen Anwendbarkeit auf sich der WDR aber grundsätzlich bestreitet. In dem Streitfall ist auch eine von Oppong angestregte Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln anhängig (epd 34-35/08). Der WDR lässt sich in diesem Verfahren von dem Bonner Rechtsanwalt Gernot Lehr (Kanzlei Redeker Sellner Dahs & Widmaier) vertreten.

Kläger Oppong kommentierte dies in seinem Internet-Blog oppong.wordpress.com mit den Worten: „Die Beauftragung der renommierten Kanzlei Redeker dürfte den Sender nach Einschätzung von Experten einen hohen vierstelligen bis fünfstelligen Betrag kosten. Dafür kommen indirekt die Gebührenzahler mit ihren Rundfunkgebühren auf. Es bleibt daher nur zu hoffen, dass der WDR in dem Rechtsstreit nicht unterliegt und nicht mit öffentlichen Mitteln ein überflüssiger Rechtsstreit finanziert wird.“

Weil der WDR Oppongs „Zugangsantrag“ abgelehnt hatte, wandte sich der Journalist und Jurastudent auch an die LDI NRW. Die Landesbehörde erkennt in ihrem Bescheid einen grundsätzlichen Auskunftsanspruch nach dem IFG NRW an, hat aber noch nicht entschieden, ob der WDR auch die spezifischen, von Oppong verlangten Informationen herausgeben muss.

Vielmehr sollte der WDR gegenüber der LDI NRW zunächst detailliert begründen, warum die Auskünfte verweigert werden. Da der Sender diesem Verlangen aus Sicht der Behörde nicht hinreichend nachgekommen ist, kam es jetzt zur förmlichen Beanstandung, die auch der WDR-Rechtsaufsicht, der Staatskanzlei NRW, übermittelt wurde.

Der WDR hatte zu seiner Rechtfertigung ausgeführt, Oppongs Auskunftsbegehren könnte auch journalistisch-redaktionelle Interna betreffen. Damit wären Rechtsgüter wie Redaktionsgeheimnis und Quellenschutz betroffen. Wegen der besonderen verfassungsrechtlichen Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks scheidet die Anwendbarkeit des IFG NRW auf den WDR grundsätzlich aus. Er sei weder „Behörde“ noch „öffentliche Stelle“, wie es im Gesetz heißt.

Zusätzlich berief sich der WDR auf einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von Juli 1988. Demnach steht der Presse kein genereller Auskunftsanspruch gegenüber einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt zu, weil diese nicht dem staatlichen Bereich zuzuordnen sei. Die LDI NRW folgte dem nicht. Ein – vom WDR ebenfalls angeführtes – Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 1984 sei inzwischen 24 Jahre alt und könne für eine „teleologische Reduktion“ des Wortlauts von § 2 Absatz 1 IFG NRW nicht mehr herangezogen werden.

Nach Darstellung der LDI NRW war es Wille des Landesgesetzgebers, auch den WDR in den Geltungsbereich des IFG NRW einzubeziehen. Verlangte Informationen zu Auftragsvergaben der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt an die Privatwirtschaft müssten jedenfalls dann zugänglich gemacht werden, wenn sie im Zuge der Mittelbewirtschaftung bereits abgeschlossen seien. „Insoweit gilt auch für den WDR die Forderung nach Transparenz der Verwendung öffentlicher Gelder“, heißt es in dem Bescheid vom 26. September.

„In zunehmender Weise in Anspruch genommen“

Auskunftsansprüche von Journalisten, die mit Informationsfreiheitsgesetzen der Länder begründet werden, beschäftigen seit kurzem auch die Juristische Kommission der ARD (JuKo). In der Berliner Sitzung am 19./20. August in Berlin erklärte ein WDR-Jurist laut dem epd vorliegenden Protokoll, der WDR werde „seit längerem und in zunehmender Weise“ von Journalisten wie Oppong „in Anspruch genommen“. Die Runde der ARD-Juristen nahm den Vorschlag an, die Anwendbarkeit der Informationsfreiheitsgesetze auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wissenschaftlich untersuchen zu lassen. „Dabei sollte jedoch die Öff-

fentlichkeitswirkung einer solchen grundsätzlichen Untersuchung, die medienpolitische Auswirkungen haben könnte, nicht gänzlich außer Acht gelassen werden", heißt es warnend in dem JuKo-Protokoll.

Die ARD-Juristen tauschten sich auch über die unterschiedlichen Bestimmungen in den diversen IFGs der Länder aus. Eine ländereinheitliche Regelung im Rundfunkstaatsvertrag sollte aber unbedingt vermieden werden, geht aus dem Papier weiter hervor. „Die Gefahr, dass es zur Anwendung der für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ungünstigsten Regelung komme, sei zu hoch“, heißt es zur Begründung. *lili*

ARD-Vorsitzender: Spezielle Formate für das Internet entwickeln

Tagung zu Qualität und Quote in Bad Boll – Boudgoust: „Zu viel Imitation“

Bad Boll (epd). Die ARD muss im Internet „technisch und medienrechtlich in der Lage sein, die herkömmlichen Programme mit begleitenden und ergänzenden Angeboten zu platzieren“. Daher müsse es auch möglich sein, „speziell für das Internet geeignete Formate entwickeln und hinzufügen zu können“, sagte der ARD-Vorsitzende Fritz Raff am 18. Oktober bei den Bad Boller Medientagen (vgl. weitere Meldung in dieser Ausgabe).

Angesichts der Debatte um den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag erinnerte Raff an ein Urteil des Bundesverfassungsgericht, das den Grundversorgungsauftrag von ARD und ZDF mit einer Bestands- und Entwicklungsgarantie für alle digitalen Möglichkeiten verbunden habe – „insbesondere und expressis verbis in Bezug auf das Internet“. Diese „Existenzberechtigung“ werde man „angemessen interpretieren und weiterentwickeln“, sie solle aber auch „eine adäquate konkrete publizistische Rendite abwerfen“. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse seine Präsenz und Auffindbarkeit in der neuen Medienwelt sichern. In der aktuellen Debatte müsse man darauf bestehen, „nicht von neuen digitalen Übertragungsmöglichkeiten ausgeschlossen oder in ihrer Nutzung marginalisiert zu werden“. Man wolle nicht vor anderen Medienteilnehmern privilegiert sein, „aber auch nicht von anderen diskriminiert werden“.

Die anstehenden medienpolitischen Grundsatzentscheidungen bieten laut Raff „die große Chance, den Transfer in ein neues Medienzeitalter kraftvoll zu befördern“. Das duale Rundfunksystem habe sich bewährt und auch „in der digitalen Welt eine Zu-

kunft“. Da das Fernsehen viele Jüngere nicht mehr erreiche, werde man nicht nur dem „Generationenabriss“, sondern auch dem „Nutzerabriss“ entgegensteuern: „Keine Generation darf von der digitalen Entwicklung und ihren großen Möglichkeiten abgeschnitten werden.“

Raff kritisierte, die Ministerpräsidenten wollten ARD und ZDF „viel zu enge Grenzen für die digitalen Handlungsoptionen“ setzen. Einzelne Kernbestandteile der Internet-Entwicklungsmöglichkeiten blieben unbestimmt, andere würden schlicht missachtet. Das Verbot von „nicht sendungsbezogenen presseähnlichen Angeboten“ müsse „überzeugend randscharf“ definiert werden, forderte Raff. Ungeklärte Grundsatzfragen führten nicht weiter, sondern provozierten neuen Streit.

Schwächen bei der Unterhaltung

Raff nahm auch Stellung zur geplanten zeitlichen Begrenzung mancher Angebote im Internet. So sei es zum Beispiel „ganz und gar nicht akzeptabel, dass Online-Angebote zu großen Sportereignissen nicht länger als 24 Stunden im Netz bleiben dürfen“. Kritik übte der ARD-Vorsitzende zudem an dem Plan, auch solche Angebote einem Drei-Stufen-Test zu unterziehen, die älter als zehn Jahre seien. Für diese spezielle Frage müsse eine einfachere Lösung her, „um nicht ein bürokratisches Monstrum zu erschaffen, das vor allem eins nicht bringt: Mehrwert für unser Publikum“.

Als Reaktion auf die durch Marcel Reich-Ranicki ausgelöste Debatte über die Qualität des deutschen Fernsehens stellte Raff fest: Jeder, der sich mit Mediensystemen und ihren Angeboten beschäftige, möge sich umschauen, aber „es gibt kein besseres als das deutsche“. Gewisse Schwächen, räumte Raff ein, habe die ARD bei der Unterhaltung („unser scheues Reh“), diese Programmsparte sei nach Meinung mancher Kollegen „etwas sehr Zerbrechliches, das man nicht mit zu viel intelligenten Grundbestandteilen belasten dürfe, damit sich das Publikum nicht abwendet“. Mit Blick auf das Programm der Privatsender forderte Raff: „Wir sollten nichts Unterhaltsames anbieten, dessen dominierende Eigenschaft es ist, bedeutungslos zu sein.“

Teil des Problems

Die Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll war dem Thema „Renaissance der Werte. Qualität und Quote“ gewidmet. Peter Boudgoust, Intendant des SWR und Ruffs designierter Nachfolger als ARD-Vorsitzender, räumte ein, dass es bei ARD und ZDF in den letzten Jahren „zu wenig Innovation und stattdessen zu viel Imitation“ gegeben habe.

Peter Winterhoff-Spurk, Professor für Medien- und Organisationspsychologie in Saarbrücken, sagte, das Fernsehen generiere auf Dauer „eine negativistische Weltsicht: Besonders die Vielseher halten die Realität für bedrohlich, haben kein Vertrauen zu den Politikern und wollen keine Kinder mehr in die Welt setzen.“ Wer das Medium vor allem zur Unterhaltung nutze, habe eine besonders zynische Haltung zur Politik und den Politikern. Nach amerikanischen Untersuchungen führe eine unterhaltungsorientierte TV-Nutzung zu einem geringerem Engagement bei sozial-karitativen Aktivitäten: „Wer viel und unterhaltungsorientiert fernsieht, hält die Welt für bedrohlich und beteiligt sich nicht mehr am gesellschaftlichen Leben.“

Das Fernsehen, führte der Psychologe aus, habe auf diese Entwicklung unangemessen reagiert und beispielsweise die Berichterstattung über Wirtschaft im Allgemeinen oder die Folgen der ökonomischen Globalisierung im Besonderen sogar noch abgebaut. Einzelne öffentlich-rechtliche Sendungen und Journalisten bemühten sich zwar „ernsthaft und glaubwürdig“ um Information, Bildung, Beratung und Aufklärung, doch das sei wegen des allgemein Wunsches nach Unterhaltung und der immanenten Tendenz des Mediums, alle Themen möglichst unterhaltsam darzustellen, „ebenso ehrenwert wie aussichtslos“. Emotionalisierung, Personalisierung und Negativismus der Berichterstattung trügen zudem zur Politikverdrossenheit bei. Das Fernsehen, resümierte Winterhoff-Spurk, „ist keine Lösung des Problems, es ist Teil desselben“.

tpg

Oettinger für mehr Medienerziehung durch Eltern und Lehrer

Ministerpräsident: ARD und ZDF müssen Qualität auch auf Kosten der Quote bieten

Bad Boll (epd). Eltern und Lehrer sollten sich nach Ansicht des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU) stärker um die Medienerziehung von Kindern bemühen. 15-Jährigen sollte man besser ein Jahresabonnement einer Tageszeitung schenken als ein weiteres Computerspiel, sagte Oettinger am 19. Oktober bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll (vgl. weitere Meldung in dieser Ausgabe).

Die Qualität des Privatfernsehens ist nach Oettingers Einschätzung in den vergangenen Jahren gesunken. An manchen Stellen sei die Grenze dessen erreicht, „was man noch hinnehmen sollte“. Was da zu sehen sei, sagte er, „entrüstet mich“. Von den öffentlich-

rechtlichen Sendern forderte er Qualität auch auf Kosten der Quote. Wenn ein Fernsehkoch „drei Stunden lang seine Soßen erklärt“, so habe das mit dem Bildungsauftrag der Öffentlich-Rechtlichen nichts zu tun. Auch wenn eine Radiowelle wie SWR 2 nicht viele Hörer habe, sei es wichtig für die Kultur im Lande. Man könne auch nicht verantwortlich Politik machen, wenn man nur darauf achte, was gerade mehrheitsfähig sei.

Ein Verbot von gewaltverherrlichenden Computerspielen, sogenannten Ego-Shootern, forderte die Erlanger Professorin für Christliche Publizistik, Johanna Haberer. Es sei nachgewiesen, dass solche Spiele die Gewaltbereitschaft verstärkten. Besorgt äußerte sich die Theologin darüber, dass sich die Gesellschaft durch Sendungen wie „Big Brother“ und „Deutschland sucht den Superstar“ an die Demütigung von Menschen und die Unterminierung von Persönlichkeitsrechten gewöhnt habe.

Kritisch äußerte sie sich über die Kirchenvertreter in den Aufsichtsgremien von öffentlich-rechtlichen wie privaten Fernsehanstalten. Diese hätten sich in der Vergangenheit bisweilen stärker mit dem von ihnen beaufsichtigten Sender als mit ihrer Kirche identifiziert, sagte Haberer. Sie warnte die Kirchen davor, bei ihren Mediendiensten Stellen zu streichen, da diese frei von Lobbyismus auf Fehlentwicklungen in den Medien hinweisen könnten.

lbw/dir

Rechtsstreit über Schlösserfotos geht voraussichtlich zum BGH

Landgericht Potsdam: Pressefreiheit gilt nicht für Fotoagenturen

Potsdam (epd). Der Rechtsstreit über die gewerbliche Nutzung der Fotoaufnahmen von Denkmälern der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten wird voraussichtlich den Bundesgerichtshof (BGH) beschäftigen.

Nach den Entscheidungen des obersten deutschen Zivilgerichts zu ähnlichen Problemen der Nutzung von Eigentum aus den Jahren 1975 und 1989 sei eine Befassung des BGH mit dem aktuellen Fall wünschenswert, sagte der Vorsitzende Richter der 1. Zivilkammer am Landgericht Potsdam, Wolfgang Christ, am 17. Oktober in der mündlichen Verhandlung. Ein Urteil des Landgerichts wird voraussichtlich Ende November verkündet.

In dem Verfahren fordert die Stiftung als öffentlich finanzierte Eigentümerin von rund 60 historischen Bauwerken und Parks von den Bildagenturen Fotofinder und Ostkreuz, mehrere 1.000 Fotos aus Bilddatenbanken im Internet zu löschen und eine unerlaubte gewerbliche Nutzung zu unterlassen (epd 53, 83/08). Der Stiftung gehören unter anderem alle ehemaligen preußischen Königsschlösser wie etwa Charlottenburg in Berlin und Sanssouci in Potsdam mitsamt den dazugehörigen Parkanlagen.

Zusätzlich sollen die Agenturen nach Aussage der Stiftungsjustiziarin Roswitha Senger detaillierte Angaben zur Verwendung von Fotos in der Vergangenheit vorlegen und zu einem bislang nicht bezifferten Schadenersatz verpflichtet werden. Die beklagten Bildagenturen sehen sich dadurch in der Pressefreiheit eingeschränkt und lehnen dies ab.

Ziel der Schlösserstiftung sei es, eine gewerbliche Nutzung von Aufnahmen nur gemäß eigener Richtlinien zuzulassen, sagte Senger: „Wir gehen nur Agenturen an, die hochkommerziell arbeiten.“ Den Richtlinien von 2002 zufolge werden für Fotos Gebühren von 15 Euro pro Tag und Motiv sowie für Filmaufnahmen je nach Zweck Entgelte zwischen 0 und 7.500 Euro pro Drehtag berechnet. Kostenlos sind demzufolge Aufnahmen zur aktuellen Berichterstattung, für Beiträge mit öffentlichem Interesse aus zeitgeschichtlichen Anlässen, durch staatliche und staatlich geförderte Hochschulen, für private Zwecke sowie in Fällen, die einer „angemessenen Werbung für die Stiftung dienen“.

Nach Auffassung des Gerichts geht es in dem Rechtsstreit nicht um Fragen der Pressefreiheit. Diese müsse auch die Schlösserstiftung akzeptieren. Die beiden Agenturen seien jedoch „kein Organ, das in der Pressefreiheit oder der Berichterstattung gehindert“ werde, sagte Richter Christ. Ihr Zweck sei allein die gewerbliche Verwertung der Aufnahmen.

Der Vertreter der beklagten Agenturen wies die Einschätzung zurück. Keines der Argumente der Zivilkammer „trifft zu und ist haltbar“, sagte Rechtsanwalt Christian Donle. Dass Fotofinder und Ostkreuz das Grundrecht auf Pressefreiheit abgesprochen werde und der Stiftung zugleich Grundrechtsschutz zugebilligt werde, überrasche. Das Bundesverfassungsgericht bewerte dies „genau umgekehrt“. Nächste Instanz in dem Verfahren ist das brandenburgische Oberlandesgericht oder im Fall einer sogenannten Sprungrevision der BGH. *lob*

TV-Firma weist Verdacht der Schleichwerbung im WDR zurück

TVT.media: Weder Geld noch Sachleistungen von Autoherstellern erhalten

Hürth (epd). Die Fernseh-Produktionsfirma TVT.media hat den Verdacht zurückgewiesen, sie könnte Werbeplätze in der WDR-Sendung „Servicezeit: Mobil“ an Automobilhersteller verkauft haben. Die Firma, die im Auftrag des WDR arbeitet, habe weder Geld noch Sachleistungen von Autoherstellern gefordert oder erhalten, heißt es in einer Erklärung, die am 21. Oktober in Hürth bei Köln veröffentlicht wurde.

Über einen Verdacht der Schleichwerbung hatte die „Welt am Sonntag“ berichtet. TVT.media habe zum Beispiel, so hieß es, für Volkswagen TV-Rohmaterial über das Modell Phaeton produziert, das anschließend für redaktionelle Fernsehbeiträge verwendet werden sollte. TVT.media erklärte, es werde zurzeit noch ermittelt, ob möglicherweise Mitarbeiter der TV-Produktionsfirma oder Dritte, die für sie tätig waren, Schleichwerbeverbote verletzt hätten. Sollten sich dafür konkrete Verdachtsmomente ergeben, werde TVT.media entsprechende Maßnahmen ergreifen. Für ein etwaiges Fehlverhalten einzelner Personen seien aber bis jetzt weder konkrete Umstände noch Verdachtsmomente bekannt, betonte die Firma in ihrer Mitteilung.

Auch der WDR erklärte, für Schleichwerbung in seiner Fernsehsendung „Servicezeit: Mobil“ gebe es noch keinen Beweis. Allerdings gehe der Sender seit geraumer Zeit einem entsprechenden Vorwurf nach. Mit der Prüfung sei die hauseigene Revision beauftragt worden, sagte ein Sprecher. Ergebnisse lägen noch nicht vor. *lili*

HR löschte Bankhofer-Inhalte aus Online-Angebot

Jedoch keine Schleichwerbung gefunden – Endgültige Entscheidung steht noch aus

Frankfurt a.M. (epd). Der HR hat zahlreiche Internetseiten mit Inhalten des in die Kritik geratenen Gesundheitsexperten Hademar Bankhofer gelöscht. Die Online-Redaktion habe nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe gegen Bankhofer sämtliche Seiten des Senders überprüft, sagte HR-Sprecher Tobias Häuser am 20. Oktober dem epd.

Dabei sei zwar keine Schleichwerbung festgestellt worden, jedoch habe der Sender auf der sicheren Seite

sein wollen. Bei unklaren Begriffen, die etwa zu Produktnamen gehören könnten, sei die entsprechende Seite sofort entfernt worden.

Bankhofer war rund zehn Jahre lang in der Service-Rubrik des ARD-"Morgenmagazins" aufgetreten. Außerdem wurde er im Fernseh- und Radioprogramm des HR als Experte eingesetzt. Im Juli hatte der 67-Jährige zugegeben, mit dem Arzneimittelhersteller MCM Klosterfrau einen Beratervertrag zu haben. Daraufhin hatten sich HR und WDR vorläufig von Bankhofer getrennt; zugleich wurde ein Prüfverfahren bei der ARD-Clearingstelle für Schleichwerbung eingeleitet (epd 59/08). Bei dieser Prüfung wurde laut WDR keine Schleichwerbung gefunden, dennoch verzichtet der nordrhein-westfälische Sender endgültig auf eine Zusammenarbeit mit Bankhofer (epd 83/08). Der HR habe noch keine abschließende Entscheidung getroffen, sagte Sprecher Häuser.

Das Internet-Blog „BooCompany“ hatte im September berichtet, es habe etwa 230 „verbankhoferte Internetseiten“ auf HR-Online gegeben. Diese Zahl bestätigte Häuser jedoch nicht. Am 15. Oktober vergab „BooCompany“ die Negativ-Auszeichnung „Deutscher Schleichwerbepreis 2008“ unter anderem an HR-Intendant Helmut Reitze. Dieser habe zwar den Online-Auftritt des HR von Bankhofer-Inhalten bereinigen lassen, aber nicht Stellung zu der Sache bezogen, hieß es. HR-Sprecher Häuser sagte dazu, Reitze habe mit dem Fall Bankhofer nichts zu tun gehabt. Die Initiative zur Überprüfung der Internetseiten sei von der Online-Redaktion ausgegangen. *rid*

Deutsche Tageszeitungen verlieren weiter an Auflage

„Süddeutsche“ bleibt Marktführer – „Bild“ verliert 200.000 Stück

Berlin (epd). Die verkaufte Auflage der deutschen Tageszeitungen ist im dritten Quartal 2008 weiter gesunken. Mit durchschnittlich 23,62 Millionen pro Erscheinungstag abgesetzten Exemplaren sei ein Rückgang um 650.000 Stück gegenüber dem Vorjahreszeitraum festzustellen, teilte die Auflagenkontrolle IVW am 21. Oktober mit.

Marktführer blieb demnach mit 439.536 Exemplaren die „Süddeutsche Zeitung“, die ein Plus von 1,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal verbuchte. Allerdings konnte diese Zahl nur durch eine große Steigerung der Bordexemplare für Flugzeuge und Bahnen (von 33.506 auf 49.251) erzielt werden.

Auf dem zweiten Platz bei den Qualitätstageszeitungen liegt weiterhin die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ mit 366.844 verkauften Exemplaren. Das Plus von 1,64 Prozent gegenüber dem Vorjahr konnte ebenfalls nur durch eine Zunahme der Bordexemplare (von 38.905 auf 49.858) erreicht werden. Die „Welt“, die ihre Zahlen gemeinsam mit dem Tabloid-Ableger „Welt kompakt“ ausweist, verlor 1,05 Prozent und verkaufte 272.497 Stück. Bei der „Welt“ wird der Verkauf von Montag bis Freitag ausgewiesen, bei den übrigen Tageszeitungen von Montag bis Samstag.

Die wirtschaftlich angeschlagene „Frankfurter Rundschau“ musste nach einem Zwischenhoch in den Vorquartalen wieder einen Rückgang um 0,9 Prozent auf 150.816 Exemplare hinnehmen. Die Boulevardzeitung „Bild“ verzeichnete einen hohen Einbruch um mehr als 200.000 Stück und verkaufte im dritten Quartal nur noch 3,34 Millionen Exemplare. Insgesamt gingen bei den Tageszeitungen sowohl die Abonnements als auch der Einzelverkauf zurück.

Die Gesamtverkäufe der Wochenzeitungen sind sowohl gegenüber dem Vorquartal als auch im direkten Jahresvergleich weitgehend stabil geblieben. So verteilte sich ihre verkaufte Auflage von insgesamt 1,98 Millionen Stück im zurückliegenden Vierteljahr auf 1,63 Millionen Abonnement-Exemplare, 150.000 Einzelverkäufe, 50.000 Bordexemplare und 160.000 im sonstigen Verkauf. Klar führend ist in diesem Segment die „Zeit“, die allerdings mit 471.668 Exemplaren einen Rückgang um 1,78 Prozent hinnehmen musste.

Die Publikumszeitschriften verbuchten im Vergleich zum dritten Quartal 2007 einen Rückgang um 2,09 Millionen Exemplare auf jetzt insgesamt 117,94 Millionen Stück, die durchschnittlich pro Ausgabe verkauft wurden. Der „Spiegel“ verlor 2,11 Prozent und verkaufte 1,056 Millionen Exemplare, der „Stern“ baute um 2,03 Prozent auf 987.240 Stück ab. Steigern konnte seine Auflage der „Focus“, der 8,21 Prozent hinzugewann und 787.873 Exemplare absetzte. *rid*

Marmor: Bevölkerungsrückgang bringt Gebührenverluste

„Jammern hilft nicht“ - Manche Reformprozesse „dauern noch zu lange“

Frankfurt a.M. (epd). **NDR-Intendant Lutz Marmor hat auf die Folgen der Bevölkerungsentwicklung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk hingewiesen. Die Bevölkerung im Sendegebiet des Norddeutschen Rundfunks (NDR) werde bis zum Jahr 2020 um 150.000 Menschen abnehmen, schreibt Marmor in einem Gastbeitrag für den Fachdienst „epd medien“ (heutige Ausgabe). Der NDR ist ein Vier-Länder-Sender für Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.**

Neben dem Verlust an Gebührenzahlern nähmen auch die Gebührenbefreiungen und Forderungsausfälle infolge schlechter Wirtschaftslage und hoher Arbeitslosigkeit zu. Doch „Jammern“, so Marmor, gelte nicht. Ähnlich wie Schulen, Krankenhäuser oder Versicherungen müsse sich auch der NDR „auf das Ende des Wachstums“ einstellen. Gerade in der digitalen Medienwelt werde derjenige Sender Erfolg haben, der „strategisch verzichten“ kann.

Marmor zufolge ist die Finanzlage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schon jetzt angespannt. Die Gebührenkommission KEF habe für die nächsten vier Jahre nur eine Erhöhung der Rundfunkgebühr (derzeit 17,03 Euro) um 1,2 Prozent für die ARD vorgeschlagen. Dies würde deutlich unter der Inflationsrate von 2,9 Prozent im ersten Halbjahr 2008 liegen, stellte der NDR-Intendant in „epd medien“ fest. Sein Sender stelle sich darauf ein, über einen Zeitraum von acht Jahren mit real sinkenden Einnahmen auszukommen.

Dennoch müsse der Schwerpunkt der Programmentwicklung „bei allen Genres“ auf Qualität liegen, forderte der Rundfunkintendant. Ein Qualitätsmanagement sowie „innovative Kraft“ seien im Wettbewerb der Medien untereinander entscheidend. „Gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der Schlüsselfaktor für programmlichen Erfolg“, betont Marmor.

Trotz anspruchsvoller Angebote in Hörfunk, Fernsehen und Internet müsse es der Anspruch von ARD und ZDF sein, „die Belastungen für die Gebührenzahler so gering wie möglich zu halten“. Die Sender könnten sich „notwendige Spielräume“ erhalten, wenn sie ihr wirtschaftliches Handeln, z.B. bei der Fernsehproduktion, effizienter gestalten. Die Landesrundfunkanstalten der ARD haben sich laut Marmor schon seit Jahren auf diesen Weg begeben. In den fünfzehn Jahren von 1994 bis 2009 habe der NDR 760 Planstellen sozialverträglich ohne Entlassungen abgebaut. Gleich-

zeitig seien 145 Stellen für strategische Projekte des Senders neu geschaffen worden. Somit sei der Planstellenbestand um real 615 Stellen, rund 15 Prozent, gesunken. Die Programmleistungen aber seien gleichzeitig ausgeweitet worden, so Marmor.

Die Programmproduktion und anderes an private Dienstleister auszulagern sei für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk „kein Allheilmittel“, stellte der Intendant klar. Das sogenannte Outsourcing lohne sich nur dann, wenn der externe Dienstleister „die Geschäftsprozesse sehr deutlich günstiger organisiert, als man es selbst könnte“. Marmor plädiert in „epd medien“ für eine „geeignete Mischung aus Eigenfertigung und Fremdbezug“.

Der NDR-Intendant räumt auch Schwierigkeiten beim Versuch ein, die Arbeit der Sender intern zu rationalisieren. Mitarbeiter, Personalvertretungen und Gewerkschaften müssten von der Notwendigkeit weiterer struktureller Reformen überzeugt werden. Viele Umbauprozesse dauerten aber „noch zu lange, um mit den raschen strukturellen Veränderungen des Medienumfeldes Schritt zu halten“.

lili

ARD und ZDF wollen Satellit nur noch digital

Internationale Expertenkonferenz zu - „Treiber der Digitalisierung“ HDTV

Berlin (epd). **ARD und ZDF planen, ihre Programme über Satellit ab 2010 nur noch digital zu verbreiten. Dies bestätigten Jörg-Peter Jost, Leiter Zentraltechnik beim HR, und ZDF-Produktionsdirektor Andreas Bereczky beim „Internationalen HDTV-Gipfel“ am 14. und 15. Oktober in Berlin. Wie Jost auf der vom Industrieverband BITKOM mit dem britischen Partner „intellect“ organisierten Konferenz betonte, sei ein entsprechender Beschluss, der „bis Mai 2009“ mit allen Marktpartnern und Gremien beraten werden soll, auch ein Gebot des „sparsamen Umgangs mit Gebührgeldern“.**

Jost und Bereczky, die bei der zweitägigen Expertenkonferenz die gemeinsame Produktions- und Technikkommission von ARD und ZDF vertraten, verteidigten den Stufenplan des öffentlich-rechtlichen Fernsehens zu HDTV. Der sieht vor, dass der deutsch-französische Sender ARTE in Deutschland ab Anfang 2009 im Regelbetrieb als HD-Programm ausgestrahlt wird und es im gleichen Jahr drei gemeinsame HDTV-Testausstrahlungen zu Höhepunkten wie der Leichtathletik-WM im Sommer in Berlin geben wird. Zur Winterolympiade im Februar 2010 wollen ARD und ZDF mit dem HD-

Regelbetrieb starten. Dies erfolgt parallel zur analogen und digitalen Verbreitung der TV-Programme im Standard-Format SD, so dass zusätzliche Kosten entstehen.

Frans de Jong von der Europäischen Rundfunkunion EBU zufolge belaufen sich die Zusatzkosten bei der HD-Umstellung in den jeweiligen Sendern auf 20 Prozent Mehrausgaben. Zur Finanzierung dieser Kosten verwies ARD-Vertreter Jost neben der Kostenersparnis durch die beabsichtigte Einstellung der analogen Satellitenausstrahlung auf „positive Folgeeffekte“ für die Digitalisierung der Rundfunkübertragung in Deutschland insgesamt.

Andreas Röver von der EU-Kommission bekräftigte die „politische Übereinkunft“, bis 2012 analoge Fernsehübertragung in Europa einzustellen. Im Radiobereich gebe es „kein Datum für eine Umstellung, sagte Röver weiter. Bei der TV-Antennenübertragung werde das Ziel 2010 in fast allen der 27 Mitgliedsstaaten erreicht, wobei Deutschland einer der Vorreiter sei, und auch bei Satellit bestünden gute Aussichten. Ob die Abschaltung der analogen Kabelverbreitung von TV-Programmen bereits bis 2012 in der EU erreicht werde, sei derzeit fraglich.

HDTV könne neben neuen Serviceangeboten ein Treiber der Digitalisierung sein, sagte Röver weiter. Entsprechende Analysen und Studien werde die EU-Kommission 2009 und 2010 unternehmen, um Marktauswirkungen, den Wettbewerb der Übertragungswegen und den Nutzen für die Kunden in Form der „digitalen Dividende“ zu ermitteln. *how*

■ KURZMELDUNG

Düsseldorf (epd). Die **Landesanstalt für Medien** (LfM) in NRW stiftet einen **Sonderpreis Musik und Medien**. Damit erweitere das Berliner Netzwerk junge ohren die Ausschreibung des jungen ohren preises 2008 um eine Sparte, teilte die LfM mit. Die Landesmedienanstalt stellt dafür insgesamt 5.000 Euro als Preisgeld zur Verfügung. Der Sonderpreis Musik und Medien wird an Projekte aus dem deutschsprachigen Raum vergeben, die Kinder und Jugendliche ansprechen und über neue Medien Zugänge zur Musik eröffnen. Damit sollen auch Orientierungshilfen für den Medieneinsatz in der klassischen und zeitgenössischen Musik gegeben werden. Bis zum 7. November können sich Projekte bewerben. Der junge ohren preis wird seit 2006 jährlich ausgeschrieben und richtet sich an professionelle Konzert- und Musiktheaterprojekte für ein junges Publikum. Informationen im Internet unter www.jungeohren.com.

EU-Sprecher fordert „renitenten Journalismus“

Medien Diskurs der Adenauer-Stiftung –
Debatte über Europa-Berichterstattung

Berlin (epd). Der Sprecher der EU-Kommission, Johannes Laitenberger, hat einen „renitenten Journalismus“ bei der Berichterstattung über Europa gefordert. Dieser müsse allerdings sachkundig und differenziert sein und die verschiedenen Akteure der Europa-Politik – Kommission, Parlament und andere Institutionen – nicht pauschal als „die Brüsseler Behörde“ darstellen, forderte er beim 5. Berliner Medien Diskurs der Konrad Adenauer Stiftung am 13. Oktober in Berlin. Die Veranstaltung stand unter der Überschrift „Gipfel, Krise, Schuldige: Welches Bild vermitteln die Medien von der EU?“.

Laitenberger verwies auf verschiedene Aktivitäten der EU zur Verbesserung der Europaberichterstattung. Unter anderem gebe es einen „millionenschweren Medien-Fonds für Europaberichterstattung“, der jedoch „an keinerlei Bedingungen für eine bestimmte Art von Berichterstattung“ gebunden sei und bei dem sich „ärmere Medien“ um Zuschüsse für eine Europa-Berichterstattung bewerben könnten.

Zudem sei kürzlich der Internet-Fernsehsender europaparlTV des Europaparlaments gestartet worden, sagte Laitenberger weiter. Er verwies auch darauf, dass die EU-Kommission in der laufenden Amtsperiode ihren „Sprecherdienst“ verdoppelt, um die Bedürfnisse der fast 1.000 akkreditierten Journalisten noch besser befriedigen zu können.

Warnung vor Überforderung

Professor Klaus Schönbach von der Zeppelin University in Friedrichshafen warnte in einer Analyse vor einer „Überforderung der Europa-Berichterstattung“. Zwar trage sie zu oft „durch Zynismus und Negativismus zum Euroskeptizismus“ bei, dies hänge aber auch mit der Zustimmung zur EU in der Bevölkerung insgesamt zusammen.

Der CDU-Politiker Elmar Brok vom Vorstand der EVP-ED-Fraktion im Europaparlament kündigte an, die Politiker würden einen Beitrag für eine bessere Akzeptanz der EU leisten. So sehe der bald zu ratifizierende Lissaboner Vertrag die Wahl des EU-Kommissionspräsidenten durch das Europaparlament vor. Brok forderte die Journalisten auf, über Europapolitik wie über nationale Politik zu berichten. Pro und Contra der verschiedenen Akteure bei der Auseinandersetzung um Sachthemen müssten deutlicher dargestellt werden.

Auf „Handicaps der Berichterstattung über die EU“ besonders im Fernsehen verwies Thomas Hinrichs, Zweiter Chefredakteur der ARD. „Die Ware EU taugt nichts“, sagte er. Es mangle an „prominenten Gesichtern“, aus Brüssel komme „zu viel klein-klein“ und die Sprachenvielfalt bei 27 Mitgliedsländern erfordere Simultanübersetzungen („voice-over“), die ein Ab- oder Umschaltimpuls seien. Dazu komme noch der Zwang des Mediums zu abwechslungsreicher Bildsprache und das Problem, kurz und leicht verständlich komplexe Sachverhalte darzustellen zu müssen.

Im Gegensatz zum kommerziellen TV stelle sich aber der öffentlich-rechtliche Rundfunk diesen Aufgaben, auch wenn dies „zu wenig und in der Regel kritisch“ erfolge. Dass die EU nun selbst Fernsehen machen wolle, bewertete Hinrichs als „eine Gefahr“.

Keine europäische Öffentlichkeit

Auf die „fehlende europäische Öffentlichkeit“ verwies Norbert Robers, Ressortleiter Innenpolitik der WAZ. Gerade die Presse sei regional und national geprägt. Die WAZ beschreibe mit ihrem Brüsseler Büro, in dem 12 Journalisten aus sieben Ländern für die Zeitungen des Konzerns gemeinsam arbeiteten, erfolgreich neue Wege, sagte Robers. Aufgeschlossen zeigte er sich gegenüber der in der Podiumsdiskussion geäußerten Idee, die Europaabgeordneten in den jeweiligen Regionalzeitungen stärker zu Wort kommen zu lassen. Auch Hinrichs wollte sich – obwohl nicht direkt zuständig – dem Vorschlag von Laitenberger nicht verschließen, bei Polit-Talk-Runden im Fernsehen bei bestimmten Themen durch Europapolitiker stärker den Blick über den deutschen Tellerrand zu wagen. *how*

■ KURZMELDUNG

Mainz (epd). Der **Deutsche Gehörlosenbund** und die Deutsche Gesellschaft der Gehörgeschädigten haben eine **Untertitelung** aller Sendungen im deutschen Fernsehen gefordert. Vertreter der Interessenverbände überreichten dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten **Kurt Beck** (SPD) am 20. Oktober in Mainz eine Sammlung von 160.000 Unterstützer-Unterschriften. Beck ist Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder sowie des ZDF-Verwaltungsrats. Deutschland sei auf dem Gebiet noch sehr rückständig, kritisierte Alexander von Meyenn, der Präsident des Deutschen Gehörlosenbundes, die geringe Verbreitung von Untertiteln im Fernsehprogramm. Beck sagte den Verbänden seine „volle und uneingeschränkte Unterstützung“ zu. Eine Aufnahme der Forderung in den neuen Rundfunkstaatsvertrag könne er jedoch nicht garantieren.

Selbstkontrolleinrichtungen arbeiten enger zusammen

FSM und FSF gründen gemeinsame Geschäftsstelle – „Unübersichtliches System“

Berlin (epd). Die **Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM)** und die **Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF)** haben eine enge Zusammenarbeit beschlossen. Grund sei die fortschreitende Konvergenz der Medien, die ermögliche, gleiche Inhalte über verschiedene Vertriebskanäle abzurufen, teilten die Selbstkontrolleinrichtungen am 15. Oktober gemeinsam mit.

Die FSM und FSF sind zwei von der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM), einem Organ der Landesmedienanstalten, anerkannte Selbstkontrolleinrichtungen. Entscheidungen dieser Stellen zum Jugendschutz sind bindend, die KJM hat lediglich die Möglichkeit zu überprüfen, ob FSM und FSF bei der Prüfung eines Angebotes ihren Bewertungsspielraum überschritten haben.

Die Selbstkontrolleinrichtungen werden von den jeweiligen Anbietern von Inhalten selbst betrieben. Die FSM prüft Telemedien auf die Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen, insbesondere Online-Inhalte. Die FSF prüft Fernsehsendungen und gibt Empfehlungen dazu ab, zu welcher Uhrzeit eine Sendung im Programm gezeigt werden kann. Die Vorlage von Sendungen bei der FSF ist allerdings freiwillig.

Durch die zunehmende Verwertung identischer Inhalte im Internet und im Fernsehen seien heute sowohl FSM als auch FSF für deren Bewertung zuständig, sagte die FSM-Vorstandsvorsitzende Gabriele Schmeichel. Dabei gebe es die Gefahr unterschiedlicher Urteile.

Der FSF-Vorstandsvorsitzende sagte, das gegenwärtige, auch für Fachleute unübersichtliche Jugendschutzsystem sei den derzeitigen Entwicklungen nicht mehr angemessen. FSM und FSF wollten daher ihre fachliche Arbeit zusammenführen und die Kompetenzen ihrer Prüfer aufeinander abstimmen. Dazu solle schnellstmöglich eine gemeinsame Geschäftsstelle eröffnet werden. FSM und FSF betonten, ihr Kooperationsmodell stehe auch der Freiwilligen Selbstkontrolle Kino (FSK) und der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) offen.

Die FSM teilte weiter die „erfolgreiche Umsetzung“ einer Jugendschutz-Selbstverpflichtung der Mobilfunkunternehmen mit. Als Ergebnis eines Runden Tisches hatten sechs Anbieter sich verpflichtet, Inter-

netzperren für Handys anzubieten. Außerdem richteten sie unter der Kurzwahlnummer 22988 eine Jugendschutzhotline ein, die Auskunft zu Jugendschutzoptionen und -tarifen im Mobilfunkmarkt gibt.

Weiter haben die Unternehmen gemeinsam mit der FSM, dem Jugendschutzportal Klicksafe und der Landesstelle für Kinder und Jugendschutz Sachsen-Anhalt ein Internetportal geschaffen (www.jugend-und-handly.de), das Informationen zum Thema Jugendschutz im Mobilfunk bietet. FSM-Geschäftsführerin Sabine Frank lobte, das Projekt zeige, dass ein Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft im Bereich der freiwilligen Selbstkontrolle effektiv funktioniere.

hen

Online-Werbung überspringt Umsatzgrenze von einer Milliarde

Wachstumssprung von 37,2 Prozent - T-Home investierte 30 Mio. Euro

Hamburg (epd). **Die Werbeaufwendungen in Online-Medien haben die Größenordnung von einer Milliarde Euro erreicht. Dies errechnete das Marktforschungsunternehmen Nielsen Media Research aufgrund der Bruttoumsätze verschiedener Werbeträger in den ersten drei Quartalen dieses Jahres (Januar bis September).**

Laut einer am 20. Oktober in Hamburg veröffentlichten Nielsen-Mitteilung wuchsen die Bruttowerbeeinnahmen von Online-Medien um 37,2 Prozent bzw. 279 Millionen Euro auf 1,0 Milliarde Euro. Während die ersten beiden Quartale noch mit einem Plus von 43,6 Prozent bzw. 39,4 Prozent abschlossen, verzeichnete das Investitionsvolumen im dritten Quartal 2008 laut Nielsen ein Plus von 30,1 Prozent. „Trotz der abflachenden Wachstumsraten ist ein Ende des Online-Werbebooms noch lange nicht in Sicht“, prognostizierte Ludger Wibbelt, Geschäftsführer der Nielsen Media Research GmbH.

Stärkste werbungtreibende Branche im Internet waren der Mitteilung zufolge erneut die Online-Dienstleistungen mit 192,4 Millionen Euro. 100 Millionen Euro weniger investierte die zweitplatzierte Branche Unternehmenswerbung (90,1 Mio. Euro), gefolgt von den Finanzdienstleistungen (74,7 Mio. Euro) und E-Commerce (55,0 Mio. Euro). „Diese vier Branchen waren nicht nur die werbestärksten, sondern auch werbeaktivsten Branchen und steigerten ihre Online-Bruttowerbeinvestitionen zusammen um

plus 139 Mio. Euro“, kommentiert Nielsen diese Zahlen.

Als werbestärkstes Unternehmen trat von Januar bis September 2008 T-Home Deutschland hervor. Das Telekommunikationsunternehmen investierte in diesem Zeitraum den Nielsen-Zahlen zufolge insgesamt 30,0 Mio. Euro brutto in seine Online-Werbeschaltungen und erhöhte damit sein Online-Werbebudget um knapp 84 Prozent. Auf dem zweiten und dritten Platz unter den online werbungtreibenden Unternehmen folgen Friendscout24 mit einem Bruttowerbevolumen in Höhe von 26,7 Mio. Euro sowie die Creditplus Bank aus Stuttgart mit 26,2 Mio. Euro.

Bei den „Top 50 Online-Branchen“ hätten nur acht Branchen ihre Online-Bruttowerbeaufwendungen reduziert, hieß es weiter. Insgesamt senkten die Handelsorganisationen mit einem Minus von 27,8 Mio. Euro am drastischsten ihre Online-Bruttowerbeinvestitionen. Die Branche der Computer- und Zusatzgeräte habe ein Minus von 4,8 Mio. Euro verzeichnet. *lilli*

Datenpanne bei Springer-Tochter

Daten von Anzeigenkunden im Internet - Wochenblatt-Verlage in Berlin und Hamburg

Berlin (epd). **Bei der Axel Springer AG hat es eine Datenpanne gegeben. Kundendaten der Wochenblatt-Verlage des Unternehmens in Hamburg und Berlin waren im Internet einsehbar, teilte Axel Springer am 19. Oktober mit.**

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Anzeigenangebotes der Anzeigenblätter seien aufgrund eines Programmierfehlers eines externen Dienstleisters ungewollt sensible Daten von etwa 2.000 Inserenten auf einer Internetseite einsehbar gewesen, hieß es. Der Fehler sei dem Management der Wochenblatt-Verlage am 25. September bekanntgemacht und noch am selben Tag behoben worden.

Noch über den 25. September hinaus seien aber noch die Daten von etwa 500 Kunden im Internet einsehbar gewesen, hieß es weiter. Hintergrund sei, dass die Daten noch im Internetspeicher des Suchmaschinenbetreibers Google, im sogenannten Cache, vorhanden gewesen seien. Die Bemühungen um eine Löschung hätten gedauert.

Axel Springer teilte weiter mit, die Wochenblatt-Verlage verfügten über eine eigene Datenbank-Struktur. Daher seien keine Daten von direkten Anzei-

gen- oder Abokunden der Axel Springer AG im Internet gelandet. Der Verlag teilte weiter mit, der Vorgang werde „sehr ernst genommen“ und konsequent analysiert. *hen*

Publizist Peter Bender 85-jährig gestorben

Piel: „Ein großer Verlust“ -
Bölling: „Nachdenklicher Vordenker“

Berlin (epd). **Der Publizist, Historiker und frühere WDR-Hörfunk-Redakteur Peter Bender ist am 11. Oktober in seiner Heimatstadt Berlin gestorben. Bender wurde 85 Jahre alt.**

Im Juni 1923 geboren, hatte Bender in Alter Geschichte promoviert. Seit 1954 arbeitete er als Journalist. Ein Jahr später wurde er politischer Redakteur beim damaligen Sender Freies Berlin. Im Februar 1961 wechselte er zum WDR. Bis zu seiner Pensionierung im Juni 1988 war er als Erster Hörfunkredakteur in der Hauptabteilung Politik im Hörfunkstudio Berlin tätig. Von August 1973 bis Ende 1974 berichtete Bender als ARD-Hörfunkkorrespondent aus Warschau. Neben seiner Tätigkeit im WDR war er auch wissenschaftlich tätig, schrieb als Autor von Zeitungen und Zeitschriften wie „Die Zeit“, „Monat“ und Merkur“ und veröffentlichte zahlreiche Bücher zur deutschen Teilung und zur Entspannungspolitik, so zuletzt vor einem Jahr den Titel „Deutschlands Wiederkehr - Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945-1990“.

WDR-Intendantin Monika Piel würdigte Bender am 17. Oktober mit den Worten, er habe „zu der raren Spezies von Journalisten, die das Handwerk des Radiojournalisten ebenso souverän beherrschen wie das eines Printjournalisten“, gehört. In beiden Medien hätten seine Beiträge „nachhaltige Wirkung“ gezeigt. Benders Kommentare, so die WDR-Intendantin, „waren scharf durchdachte, brillante Analysen des politischen Geschehens“. Er habe Position bezogen, „auch gegen den aktuellen Zeitgeist“. Der WDR habe diesem ebenso noblen wie stets liebenswürdigen Publizisten viel zu verdanken, „sein Tod ist ein großer Verlust“, sagte Piel.

Benders Freund und Weggefährte Klaus Bölling nannte den Verstorbenen in Deutschlandradio Kultur einen „nachdenklichen Vordenker“ und „großartigen Charakter“. Ende der sechziger Jahre hatte Bender die Entspannungspolitik des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD) ausdrücklich auch in seinen Publikationen unterstützt. Dies trug ihm Vorwürfe politi-

scher Gegner ein. Bölling nahm Bender gegen den Vorwurf in Schutz, die DDR und das Leben in diesem Staat verharmlost zu haben. Sein Interesse habe immer der Wiederherstellung der deutschen Einheit gegolten. *lilli*

Otto Brenner Journalistenpreis wird zum vierten Mal vergeben

An Autoren von „Zeit“, WDR, ZDF und
„Berliner Zeitung“ - Drei Recherchestipendien

Frankfurt a.M. (epd). **Der Otto Brenner Preis der IG Metall geht in diesem Jahr an Journalisten der „Zeit“, des WDR, des ZDF und der „Berliner Zeitung“. Außerdem würden wieder mehrere Recherchestipendien sowie ein Preis für ein Newcomer-Projekt vergeben, teilte die Otto Brenner Stiftung der Gewerkschaft am 15. Oktober in Frankfurt mit. Mit einem Preisgeld von 45.000 Euro ist der Otto Brenner Preis nach dem Ernst Schneider Preis der deutschen Wirtschaft (60.000 Euro) der höchstdotierte deutsche Journalistenpreis.**

Den 1. Preis erhalten Anita und Marian Blasberg für ihre im „Zeit Magazin Leben“ veröffentlichte Reportage „Abschiebeflug FHE 6842“; das Autorenduo erhält 10.000 Euro. Die Jury würdigt damit „eine grandiose Recherche und Journalismus in seiner besten Form“. Der WDR-Wirtschaftsredakteur Jürgen Döschner bekommt den 2. Preis und 5.000 Euro für sein Radiofeature „Fire and Forget - Krieg als Geschäft“. Die Jury lobte ein „spannendes Hörerlebnis“, das zugleich für „politische Aufklärung von hohen Graden“ Sorge. Döschners WDR-Feature zeuge auch vom „Fortleben publizistischer Ambition im öffentlich-rechtlichen Radio“.

Der 3. Preis geht an die beiden ZDF-Redakteure Steffen Judzikowski und Hans Koberstein für eine „Frontal 21“-Schwerpunktsendung über „Deutschland im Griff der Energiekonzerne“ (3.000 Euro). Das Thema sei von den beiden ZDF-Journalisten hervorragend recherchiert und als Film „meisterhaft komponiert“ worden, erklärte die Jury.

Mit dem Otto Brenner Preis „Spezial“ wird Christian Bommarius, Leitartikler der „Berliner Zeitung“, gewürdigt. Seine Artikel zum politischen Zeitgeschehen seien „Stück für Stück“ eine „wunderbare Werbung für Demokratie und Rechtsstaat“, so die Jury. Gegen den Abbau von Grundrechten betätige sich der Redakteur als „journalistischer Widerständler“. Seine Kommentare und Leitartikel seien „scharfsinnig, pointiert

und wunderbar geschrieben". Der Spezial-Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Die freie Journalistin Andrea Röpke wird für ihre mutigen Recherchen in der Neonaziszene mit dem Medienprojektpreis ausgezeichnet und erhält 2.000 Euro. Die mit je 5.000 Euro dotierten Brenner-Recherchstipendien gehen an die freien Journalisten Veronica Frenzel und Clemens Hoffmann. Frenzel will Geschäfte mit illegalen Einwanderern untersuchen, Hoffmann hat sich den Kinderhandel in der Ukraine zum Thema genommen. Ein dritter Stipendiat, der zur Förderung seiner Recherche ebenfalls 5.000 Euro erhält, wurde von der Brenner-Stiftung noch nicht bekanntgegeben, um sein Projekt nicht zu gefährden, wie es hieß.

Der Otto Brenner Preis der IG Metall wird in diesem Jahr zum vierten Mal vergeben. Die Auszeichnung erinnert an den früheren Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner (1907-1972). „Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht“, war einer seiner Wahlsprüche, „sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“ Diesem Prinzip ist auch der Otto Brenner Preis für engagierten Journalismus verpflichtet.

Über die preiswürdigen Beiträge entscheidet eine unabhängige Jury, der neben anderen Heribert Prantl („Süddeutsche Zeitung“) und Sonia Mikich (WDR-„Monitor“) angehören. In diesem Jahr hatte die Jury mehr als 500 Bewerbungen zu sichten, teilte die Stiftung mit. Die Preise werden am 22. Oktober in Berlin verliehen. Die Festrede hält Fritz Pleitgen, Präsident der Europäischen Rundfunkunion und früherer Intendant des WDR. *lil*

Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für „Das Schweigen der Quandts“

Wolf Biermann: „Lehrbeispiel schuldloser Schuld“ – Pohl: „Man ist Psychologe“

Köln (epd). Für seine TV-Dokumentation „Das Schweigen der Quandts“ hat der NDR-Redakteur Eric Friedler am Donnerstagabend in Köln den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis 2008 erhalten.

Den Förderpreis erhielt die Filmautorin Christina Pohl für ihren von Spiegel-TV produzierten und bei VOX gesendeten Film „Die Räuber“. Der Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis ist mit insgesamt 7.500 Euro dotiert und wird jährlich von einem Freundeskreis des 1995 verstorbenen Fernsehjournalisten verliehen.

Friedlers Film, der kürzlich auch mit dem Deutschen Fernsehpreis ausgezeichnet worden war, dokumentiert, wie der heutige Reichtum der Industriellenfamilie Quandt (BMW) im Dritten Reich seinen Anfang nahm. In Reaktion auf den Film hatte die Familie einen Historiker beauftragt, die Unternehmensgeschichte in der NS-Zeit näher zu untersuchen. Während der Dreharbeiten hatten fast alle Familienmitglieder Friedler ein Interview verweigert. „Das Schweigen hat uns schon mürbe gemacht“, sagte Friedler zu den infolgedessen erschwerten Arbeiten an seinem Film. Die Jury lobte Friedlers „seit Jahren zu beobachtende Unabhängigkeit und sein herausragendes Gespür“ für Themen.

Sven Quandt war der einzige, der bereit war, mit Friedler zu sprechen. Da dieser aber erst in der Nachkriegszeit geboren wurde, sah er für sich keine schuldhafte Verstrickung. Der Liedermacher Wolf Biermann, der in Köln die Laudatio auf Friedler hielt, sieht darin ein „Lehrbeispiel schuldloser Schuld“, das von Friedler kühl und deutlich an die Öffentlichkeit gebracht worden sei. Der 36-jährige Friedler hatte vor fünf Jahren bereits den Förderpreis der Jury erhalten.

Die diesjährige Förderpreisträgerin Christina Pohl hatte Jugendliche am Rand der Gesellschaft mit der Kamera bei einem Theaterprojekt nach der Vorlage von Friedrich Schillers Drama „Die Räuber“ begleitet. Damit habe sie „eine sehr eindrucksvolle Sozialreportage“ vorgelegt, so die Jury. Pohl sagte bei der Preisverleihung, wer als Journalist von außen in schwierige Milieus hineinkomme, müsse bei den Betroffenen zunächst Vertrauensarbeit leisten. „Man ist Psychologe“, sagte sie. Aber auch wenn er den Menschen nahe komme, sollte der Reporter im Sinne von Hanns Joachim Friedrichs Distanz wahren, sagte Pohl: „Ich stelle dar, ich mache mich nicht gemein, ich verurteile nicht.“ *lil*

■ KURZMELDUNG

München (epd). Der Fernsehkonzern **ProSiebenSat.1** hat eine **Mehrheitsbeteiligung** an dem Portal **Webnews.de** übernommen. Die Seite bündelt professionelle Nachrichten verschiedener Online-Medien und von Nutzern generierte Inhalte. ProSiebenSat.1 hält nun 67,6 Prozent an dem Portal, den Rest hält **Holtzbrinck** Ventures. ProSiebenSat.1 hat eine Option, Webnews.de ganz zu übernehmen.

Hessischer Ehrenpreis für Schauspielerin Monica Bleibtreu

Fernsehpreis: Katharina Wackernagel und Herbert Knaup „beste Darsteller“

Frankfurt a.M. (epd). Die Schauspielerin Monica Bleibtreu hat am Freitagabend in Frankfurt für ihr Schaffen den Ehrenpreis des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) erhalten. Bleibtreu, 1944 in Wien geboren, wurde beim 19. Hessischen Film- und Kinopreis ausgezeichnet. Als „Beste Darstellerin“ wurde Katharina Wackernagel für ihre Rolle in „Mein Mörder kommt zurück“ mit einem Hessischen Fernsehpreis ausgezeichnet. Als „Bester Darsteller“ würdigte die Jury Herbert Knaup für sein Spiel in „Der große Tom“ und „Spätere Aussicht“. Die drei Preise sind undotiert.

Im Rahmen des Festaktes vergab die Frankfurter Buchmesse erneut ihren Preis für die „Beste internationale Literaturverfilmung“. Ausgezeichnet wurde der Episodenfilm „Gomorra - Reise in das Reich der Camorra“. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis ging gleichermaßen an den Regisseur Matteo Garrone sowie an den Mafia-Kritiker Roberto Saviano, der den gleichnamigen internationalen Bestseller geschrieben hatte.

Unter den dotierten Auszeichnungen beim Hessischen Film- und Kinopreis erhielt die Regisseurin Simone Ring den 1. Preis und 40.000 Euro für ihren Dokumentarfilm „Königin am Ring“ über das Leben der Boxerin Regina Halmich. Die Filmpreisjury vergab den mit 20.000 Euro dotierten 2. Preis an den Dokumentarfilmer Klaus Stern für dessen Film „Lawine - Leben und Sterben des Werner Koenig“. Den Hessischen Kurzfilmpreis erhielt Michael Schneider für „Elvis und ich“ (15.000 Euro). Den Hessischen Drehbuchpreis und ein Preisgeld von 7.500 Euro bekamen Katharina Reschke und Jan Strathmann für „Der Sandmann und der verlorene Traumsand“. Dabei handelt es sich um das Drehbuch zu einem abendfüllenden Animationsfilm, den die Frankfurter Produktionsfirma scopas medien herstellen will. Ein studentischer Experimentalfilm namens „Between“ wurde mit dem Hessischen Hochschulfilmpreis ausgezeichnet. Regisseur Tim Bollinger erhielt dafür ebenfalls 7.500 Euro.

Außerdem vergab die Jury einen Sonderpreis für technische Gestaltung sowie mehrere Kinokulturpreise an hessische Lichtspieltheater, die sich um die Förderung der Kinokultur besonders verdient gemacht haben. Die Dotierungen dafür belaufen sich auf insgesamt 95.000 Euro. Internet: www.hessischer-filmpreis.de.

lili

Brüder Dardenne bei Cologne Conference ausgezeichnet

Filmpreis Köln für „Weiterentwicklung der Film- und Mediensprache“

Köln (epd). Jean-Pierre und Luc Dardenne sind mit dem Filmpreis Köln ausgezeichnet worden. Der Preis wurde den Brüdern Dardenne, die sowohl Regisseure als auch Autoren sind, am 10. Oktober während der Cologne Conference übergeben. Der mit 25.000 Euro dotierte Preis wurde zum zweiten Mal von der Stadt Köln und der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen vergeben. Zudem wurden bei der Cologne Conference vier weitere mit jeweils 10.000 Euro dotierte Preise verliehen.

In der Begründung hieß es, die Werke der Brüder Dardenne seien durch eine „unmittelbare und reduzierte Filmsprache von großer Intensität“ geprägt. Seit vielen Jahren trügen sie „durch ihren konsequenten und authentischen Stil zur Weiterentwicklung der Film- und Mediensprache bei“. Die beiden Belgier wurden bereits zweimal mit der Goldenen Palme in Cannes ausgezeichnet. Ihr jüngster Film, „Lornas Schweigen“, läuft derzeit auch in deutschen Kinos.

Den Preis der Zeitschrift „TV Spielfilm“ für den besten Film des Festivals erhielten Abi Morgan und Hetti Macdonald für Buch und Regie des Films „White Girl“. Das TV-Movie der BBC schildert in der Tradition des britischen Sozialrealismus das Leben einer Mutter und ihrer Tochter, die in einer englischen Stadt in ein Viertel ziehen, das fast ausschließlich von Muslimen bewohnt ist. Die Tochter findet schließlich Halt im Koran.

Der in Kooperation mit The Nielsen Company verliehen „Hollywood Reporter Award“ ging an Christian Becker, Geschäftsführer der Filmproduktionsfirma Rat Pack. Mit dem Preis wird „eine aufstrebende Persönlichkeit aus dem Fernseh- und Filmbereich ausgezeichnet, die bereits ein internationales Publikum auf sich aufmerksam gemacht hat“. Rat Pack produzierte unter anderem „Die Welle“.

Den Deutschen Casting-Preis erhielt Franziska Aigner-Kuhn für ihre Besetzungsarbeit bei der Kinoproduktion „Die Welle“. Der erstmals verliehene Future TV Award, der von der Online-Plattform Sevenload gestiftet wurde, ging an die Webproduktion „Sex and Zaziki“ von Charly van Endert. Die „Soap für Männer“ erzählt aus dem realen Studentenleben. Mit dem Preis wird eine „zukunftsweisende und herausragende Internet-Produktion“ ausgezeichnet. *dir*

■ AUSLAND

Frankreich will Rückstand bei der Digitalisierung aufholen

154 Maßnahmen beschlossen – Staat garantiert DSL-Anschluss unter 35 Euro

Paris (epd). Die französische Regierung hat 154 Maßnahmen beschlossen, mit denen sie den Rückstand des Landes bei der Digitalisierung aufholen will. Demnach sollen bis 2012 alle Franzosen einen DSL-Internetanschluss besitzen. Der Staat werde den Anspruch auf einen solchen Hochgeschwindigkeitszugang ab 2010 für weniger als 35 Euro pro Monat garantieren, sagte Wirtschaftsstaatssekretär Eric Besson am 20. Oktober bei der Vorstellung des Plans „France Numérique 2012“ in Paris.

Der Übergang zum digitalen Fernsehempfang soll den Plänen zufolge bis zum 30. November 2011 vollzogen sein. Über 70-Jährigen wird dabei ein „E-Botschafter“ zur Seite gestellt, der die neue Technik erklärt. Arme Haushalte bekommen Hilfen beim Kauf eines Digitaldecoders. Die terrestrischen Frequenzen, die vor 2011 frei werden, werden ab 2009 unter Medien- und Telekom-Unternehmen neu verteilt. Einen Teil bekommen Mobilfunkanbieter. Insgesamt soll es 66 neue Fernsehkanäle geben, 40 davon in hochauflösender Qualität. Auch im Hörfunk soll eine „Revolution“ stattfinden dank der Digitalfrequenzen, die einen besseren Ton ermöglichen.

Zum Maßnahmenpaket gehört auch, dass Kulturministerin Christine Albanel mit einem neuen Gesetz über die Autorenrechte in der digitalen Welt wachen soll. Der öffentliche Dienst soll bei der Digitalisierung mit der Schaffung von Telearbeitsplätzen vorangehen. Anfang 2009 wird eine Studie gestartet, um die Posten und Funktionen auszumachen, die per Fernarbeit zu Hause am Bildschirm erledigt werden können. Die französischen Arbeitsämter sollen eine Sparte für Anzeigen im Telearbeitsbereich schaffen. Die Grundschulen werden mit Mini-Computern ausgestattet, 400 sogenannte Cyberbasen in fünf Jahren sind geplant.

Nach den Vorstellungen von Staatspräsident Nicolas Sarkozy soll Frankreich eine digitale Macht werden „wie die dynamischsten Wirtschaftsmächte der Erde“. In Frankreich beträgt der Anteil der neuen Technologien am Bruttosozialprodukt derzeit nur sechs Prozent gegenüber etwa 13 Prozent in den USA. Sarkozy wollte den Plan am 20. Oktober ursprünglich persönlich verkünden, ließ sich aber wegen der Planung des Krisengipfels in Washington von Staatssekretär Besson vertreten.

zim

Polen: Kaczynski bedroht nach Interview TV-Journalistin

Staatsfernsehen nahm Beitrag über die Affäre aus dem Programm

Warschau (epd). Der polnische Staatspräsident Lech Kaczynski hat am 17. Oktober deutliche Drohungen gegen eine Fernsehjournalistin geäußert. Nach der Aufzeichnung eines Interviews für den privaten Nachrichtensender TVN 24 habe er zu der Journalistin Monika Olejnik gesagt, er werde sie „fertigmachen“, bestätigten umstehende Mitarbeiter des Senders. Kaczynski bestritt die Aussage jedoch. Der Sender ließ dem polnischen Rundfunkrat ein Protestschreiben zukommen.

Der Staatspräsident hatte sich in dem Interview über Ex-Präsident Lech Walesa erregt, der seinen Bruder Jaroslaw Kaczynski beleidigt haben soll. Jaroslaw Kaczynski war von Juli 2006 bis Oktober 2007 Premier des Landes. Lech Kaczynski unterstellte Olejnik während der Sendung, gegen seinen Bruder eingestellt zu sein. Zu den weiteren Drohungen gehörte die Andeutung, dass sie sich auf seiner „Liste“ befinde und nicht durch die „Geheimagenten“ ihres Senderchefs Piotr Walter geschützt werde. Zudem bezeichnete er sie als „Gänseblümchen“, weswegen spekuliert wird, er unterstelle, sie habe unter diesem Tarnnamen für den kommunistischen Geheimdienst gearbeitet.

Lech Kaczynski verdächtigt generell die privaten Medien, von ehemaligen Mitarbeitern des polnischen Inlandsgeheimdiensts beeinflusst zu sein. Seine von ihm 2001 gegründete Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) machte die Aufrechnung mit den kommunistischen und postkommunistischen Vergehen zu einem ihrer Hauptziele. Auch in dem ehemaligen Präsidenten Lech Walesa sieht er einen Agenten, der die Ziele der polnischen Reformgewerkschaft Solidarnosc verraten habe.

Nach dem Ausbruch entschuldigte sich der polnische Präsident noch am Abend telefonisch und mit Blumen bei der Journalistin, die die Entschuldigung annahm. Monika Olejnik gilt als eine der prominentesten Journalistinnen in Polen und ist für ihr unbeirrtes Nachhaken bekannt. Die 51-jährige moderiert seit September 2006 auf TVN 24 die Interviewsendung „Tüpfelchen auf dem i“. In der Sendung lassen sich führende Politiker des Landes befragen. Zuvor leitete sie ein ähnliches Programm im Staatsfernsehen TVP. Sie verließ den Sender, da ihr Format auf mutmaßlichen politischen Druck in das Nachtprogramm verschoben werden sollte. Damals war Jaroslaw Kaczynski Premierminister des Landes. Olejnik hatte mehrfach Politiker der

früheren Regierung mit Widersprüchlichkeiten konfrontiert.

Der Streit zwischen Kaczynski und Olejnik ist möglicherweise noch nicht zu Ende. Der Chef der Präsidentschaftskanzlei, Piotr Kownacki, warf Olejnik am 18. Oktober im Radio vor, die Äußerung des Präsidenten nicht wahrheitsgemäß wiedergegeben zu haben. Auch der Präsident selbst erklärte am 19. Oktober, dass er einiges „nicht so“ gesagt habe. In der polnischen Kultur hätten aber „Frauen immer recht“, deshalb habe er sich entschuldigt.

Lech Kaczynski befindet sich gerade auf einer „Tour quer durch Polen“, die von Kommentatoren als Vorbereitung für die Präsidentschaftswahlen 2010 gedeutet wird. Die Reise wird vom polnischen Staatsfernsehen TVP begleitet. Generell gilt TVP dem Präsidenten gegenüber als wohlgesonnen, weil der Rundfunkrat während der Regierungszeit seines Bruders nominiert wurde.

TVP durfte am 20. Oktober den vorbereiteten Beitrag über die Auseinandersetzung Kaczynskis mit Olejnik nicht senden. Nach Angaben der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ hat Senderchef Andrzej Urbanski kurzfristig angeordnet, das Stück aus dem Programm der Abendnachrichten zu nehmen. Urbanski habe auf Anweisung aus dem Präsidentenpalast gehandelt, berichtete die Zeitung. *jm*

Niederländischer Kameramann durch russische Streubombe getötet

Im Georgien-Konflikt – Außenminister Verhagen: Ermittlungsergebnisse „sehr ernst“

Den Haag (epd). **Der niederländische Kameramann Stan Storimans, der am 12. August in der Nähe der georgischen Stadt Gori getötet wurde, war das Opfer einer russischen Streubombe. Das teilte der niederländische Außenminister Maxime Verhagen am 20. Oktober in Den Haag mit. Das Ministerium hatte eine Untersuchung der Todesumstände eingeleitet. Die Munition sei von einer Rakete abgefeuert worden, wie sie nur von der russischen Armee benutzt werde, hieß es.**

Verhagen bezeichnete die Ergebnisse der Ermittlungen als „sehr ernst“. Er habe dies auch den russischen Behörden mitgeteilt. „Streubomben dürfen in dieser Art nicht eingesetzt werden“, erklärte der Außenminister. In Gori seien zu diesem Zeitpunkt des Konflikts keine Truppen stationiert gewesen. Unschuldige Zivilisten seien getötet worden. Der Kameramann, der für

den Privatsender RTL arbeitete, war bei Aufnahmen zum Konflikt zwischen Russland und Georgien ums Leben gekommen.

Die Niederlande wollen den Einsatz von Streubomben unter diesen Umständen verhindern und vor den Rat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bringen. Außenminister Verhagen hatte selbst die Untersuchung angeordnet, nachdem Informationsgesuche an georgische und russische Behörden ergebnislos geblieben waren. *bir*

RoG fordert Verlängerung von Arbeitserleichterungen in China

Organisation will dauerhaft liberale Regeln für ausländische Journalisten

Peking (epd). **Reporter ohne Grenzen hat die chinesische Regierung aufgefordert, die für die Olympischen Spiele eingeführten Arbeitserleichterungen für ausländische Journalisten dauerhaft zu garantieren. Die Erleichterungen seien bis zum 17. Oktober befristet gewesen, teilte die Menschenrechtsorganisation am 17. Oktober mit. Vertreter Chinas hätten angekündigt, die Befristung werde aufgehoben, bislang liege aber noch keine verbindliche Aussage vor.**

Seit Januar 2007 dürfen sich ausländische Journalistin in China weitgehend frei bewegen. Zudem können die Berichterstatter ihre Interviewpartner frei wählen, sofern sie sich an chinesische Gesetze halten und die Gesprächspartner einem Interview zustimmen. Gebiete wie Tibet sind aber weiterhin nicht frei zugänglich. Zudem hat der Club Ausländischer Korrespondenten in China seit 2007 mehr als 300 Fälle registriert, in denen die Arbeit ausländischer Journalisten behindert wurde (epd 68/08).

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Qin Gang, sagte der BBC zufolge am 16. Oktober, China werde „wie immer“ ausländische Journalisten im Land willkommen heißen und deren Arbeit und Aufenthalt erleichtern. Neue Regelungen würden „in Kürze“ erlassen.

Reporter ohne Grenzen forderte, Journalisten müssten sich künftig auch in Tibet frei bewegen und auch Beamte als Gesprächspartner frei wählen können. Verbesserungen beim Schutz journalistischer Quellen und der Kommunikationswege seien notwendig. Auch die Sicherheit chinesischer Journalisten und Übersetzer, die für ausländische Medien arbeiteten, sei nicht

gewährleistet. Bemerkenswert wurde auch, dass chinesische Journalisten von den Arbeitserleichterungen nicht profitierten und unter erheblicher Zensur ständen. *hen*

Großbritannien hat die meisten TV-Kanäle in Europa

883 Sender – Neue Zahlen der Audiovisuellen Informationsstelle

Straßburg (epd). **Großbritannien hat mit 883 Fernsehsendern das größte TV-Angebot in ganz Europa. Deutschland liegt mit 300 Kanälen auf dem zweiten Platz, wie die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle am 15. Oktober in Straßburg mitteilte.**

Es folgen Italien (284 Sender), Frankreich (252) und Spanien (199). Die führende Position Großbritanniens ist den Angaben zufolge nicht nur auf die vielen nati-

onalen Spartenkanäle zurückzuführen, sondern auch auf die große Zahl dort ansässiger Sender, die auf andere Länder ausgerichtet sind.

Insgesamt verzeichnete die Informationsstelle zum 15. Oktober 6.500 aktive TV-Kanäle in den 27 EU-Märkten zuzüglich Kroatien und Türkei als Beitrittskandidaten. Filmsender (333) und Sportkanäle (324) sind die beliebtesten Genres für Spartenprogramme. Weiter gibt es 269 Unterhaltungssender, 238 Musikkanäle, 201 Nachrichten- und Wirtschaftssender, 189 Kinderkanäle und 135 Dokumentarsender.

Die Zahlen stammen aus der fortlaufend aktualisierten und frei im Internet zugänglichen Datenbank „Mavise“ (<http://mavise.obs.coe.int>, vgl. epd 30/08). Die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle wurde 1992 gegründet und gehört zum Europarat. *rid*

■ KRITIK

Die Parabel lebt

„Der Besuch der alten Dame“, Regie: Nikolaus Leytner, Buch: Susanne Beck, Thomas Eifler nach der tragischen Komödie von Friedrich Dürrenmatt, Kamera: Hermann Dunzendorfer, Produktion: Ziegler, Vega Film Vienna (ARD/ORF/Degeto), 13.10.08, 20.15–21.45 Uhr

epd Christiane Hörbiger wurde, so las man, am Tag der Ausstrahlung des Films „Der Besuch der alten Dame“ siebzig Jahre alt. Das Ganze war also auch ein Unternehmen zur Feier einer alten Dame, die, ganz anders als die von ihr im „Besuch ...“ dargestellte Claire Zachanassian, gewöhnlich Freude unter Volk bringt, wenn sie auf dem Bildschirm vorbeischaufelt. Die Siebzigjährige ist sichtlich in Würde gealtert, zugleich nicht wirklich alt geworden, wenn man darunter verstehen will, dass keiner mehr guckt. Hörbiger dürfte immer noch Blicke fangen und zwar nicht nur, weil sie berühmt ist. Das Alter hat es einfach nicht vermocht, ihre weiblichen Reize auszulöschen.

Und wie sieht es mit dem Theaterstück aus, mit Friedrich Dürrenmatts „Besuch der alten Dame“, das als Vorlage für den Film diente? Ist auch das Stück, das allerdings erst 52 Jahre auf dem Buckel hat, so frisch geblieben wie die Wiener Schauspielerinnen? Die Antwort fällt zwiespältig aus.

Die Geschichte der steinreichen Claire Zachanassian, die vor über vierzig Jahren den Flecken Güllen verließ, beziehungsweise: die vor langer Zeit infolge Unfall und übler Nachrede aus Güllen vertrieben wurde und die nun heimkehrt, um die Schuldigen von damals zur Rechenschaft zu ziehen, sie kann nicht mehr so richtig aufwühlen. Als Schicksalsdrama hat die „Alte Dame“ Rost angesetzt, vielleicht weil mittlerweile so viele ähnliche oder noch viel erschütterndere Schicksale aus der TV-Fiktion über die Fernsehmonitore geschwappt sind.

Und so wirken auch die Versuche, die Dame aufzuheben und ihr ein bisschen Aktualität und moderne Brisanz mitzugeben, seltsam vergeblich. Da werden zum Beispiel moderne digitale Geräte eingesetzt. Die Journaille, die am Rande vorkommt, verfügt über neueste Modelle, während die Schauplätze bis hin zum Güllener Bahnhof den Charme der fünfziger Jahre abstrahlen. Dieses Spiel mit dem Anachronismus ist sicher gewollt, aber wo ist sein Sinn? Auch die Dramaturgie – Schritt für Schritt wird enthüllt, was damals geschah und warum die harte Claire sich das Recht auf Rache nimmt – wirkt in ihrer fast grobschlächtigen Spannungsmache ziemlich altbacken.

Glücklicherweise verfügt aber die „Alte Dame“ noch über eine zweite Bedeutungsebene. Das als „tragische Komödie“ annoncierte Stück von Dürrenmatt ist eine Parabel; es versucht, zeitlos Gültiges auszusagen über die Menschheitsthemen Rache, Geld, Macht und

Käuflichkeit, und in dieser Gestalt, als Gleichnis, funktioniert die „Alte Dame“ just in Zeiten des allgemeinen Bankenbankrotts ziemlich gut. Zwar stand nicht das Finanzierungssystem zur Debatte, aber immerhin die Frage, was Menschen für Geld zu tun bereit sind, und so mag das Publikum durchaus beklommen vor dem Fernseher gehockt haben, um zu erfahren, dass wir alle zu Killern mutieren können, wenn nur die Kohle stimmt. Und dass das Vertrauen der Menschen zu den Menschen sich sofort verflüchtigt, wenn nur einer oder eine kommt und die Kette der Illusionen und Irrtümer, die den „Kredit“ hervorbringt, zerbricht.

Christiane Hörbiger war, Geburtstag hin oder her, eine ausgezeichnete Claire, weil man hinter ihrer metallischen Fassade das verletzte Mädchen spüren konnte, das sie einmal war und um dessetwillen sie jetzt zur Rächerin auflief. Michael Mendl als ihr ehemaliger Verlobter Alfred III hatte es schwerer mit seiner Rolle, weniger, weil sich herausstellte: er war ein Schwein, als wegen seines unseligen Schicksals, das sich dem Fernsehgucker von heute gleich zu Beginn erschloss. Das Messer, in das er hineinlief, war von Anfang an offen und ließ ihm wenig Spielraum für eine Entwicklung seiner Figur.

Die übrigen Verdächtigen konnten nur vor sich hin chargieren, weder das Buch, noch die Regie von Nikolaus Leytner ließen ihnen andere Möglichkeiten. Hier machte sich bemerkbar, dass es sich bei dem Stück um eine Parabel handelt, die den Holzschnitt bei der Figurenzeichnung benutzen darf. Wohingegen der Holzschnitt in der Fernsehfiction immer besonders gut begründet sein muss. Die alte Dame/TV wurde die alte Dame/Theater nicht wirklich los. Die Einzige, die beide Medien zu verschmelzen vermochte, war die alte Dame Hörbiger. *Barbara Sichtermann*

Zwangsoptimismus

„Einer bleibt sitzen“, Regie: Tim Trageser, Buch: Matthias Pacht, Kamera: Eckhard Jansen, Produktion: teamWorx (ARD/BR, 8.10.08, 20.15–21.45 Uhr)

epd „Man sagt, dass Krisen auch Chancen sind und dass man aus Niederlagen gestärkt hervorgeht. Das ist Schwachsinn. Wenn's dir scheiße geht, geht's dir scheiße, da helfen auch keine klugen Sprüche“: So lautet der Prolog, gesprochen von Michel, dem Protagonisten, aus dem Off. Im Epilog, der die eingangs gesprochenen Worte noch einmal wiederholt, wird eine entscheidende Ergänzung hinzugefügt: „Der

Einzige, der dir helfen kann, bist du selbst. Und deine Freunde, wenn du welche hast.“

Das klingt ein bisschen nach Kalenderspruchweisheit. Oder nach einem Jugendbuchtitel: „Michel kann brauchen, was er gelernt hat.“ Und im Verlauf der tragischen, aber doch optimistisch endenden Geschichte des querschnittsgelähmten Michel (Volker Bruch) und seiner Freunde schwingt auch tatsächlich etwas leicht Didaktisches, eindringlich Mutmachendes mit, die Aufforderung, positiv zu denken, auch schwerste körperliche Behinderung akzeptieren zu lernen, weil einem gar nichts anderes übrig bleibt.

Aber trotz dieser Anflüge von Zwangsoptimismus – und trotz der reichlich kurz bemessenen Zeitspanne von drei Wochen Aufenthalt in einem idyllisch gelegenen Therapiezentrum, in dessen Verlauf auch alle anderen Behinderten etwas für ihr weiteres Leben lernen –, bleibt noch genügend Raum für eine bewegende, feinfühlig erzählte, anrührend gespielte und mit Liebe inszenierte Geschichte, die auch komödiantische Momente nicht scheut.

Furios inszeniert der Augenblick, der Michels Leben für immer verändern wird: Nicht nur, dass er gerade erst verkraften musste, dass seine Freundin Sabine (Karoline Schuch) ihn verlassen hat – jetzt ertappt er sie auch noch, kurz vor dem Start zu einem Motocrossrennen, in zärtlicher Umarmung mit Stefan (Florian Jahr), seinem besten Freund. Außer sich vor Verzweiflung braust Michel mit seinem Motorrad los, kommt ins Schleudern und rast – die Sekunden dehnen sich zu einer Ewigkeit – auf einen Stapel von Baumstämmen zu.

Als er Tage später, querschnittsgelähmt, im Krankenhaus erwacht, erinnert er sich zwar noch daran, dass Sabine ihn verlassen hat, nicht aber daran, dass es seines besten Freundes wegen war. Es führt also kein Weg daran vorbei, Michel irgendwann mit dieser Wahrheit zu konfrontieren. Zunächst aber geht es für Stefan, Sabine und Memme (Trystan Pütter) darum, ihrem in tiefe Depression versunkenen Freund wieder Lebensmut zu geben.

Volker Bruch, der in den vergangenen zwei Jahren schon in so vielen Rollen glänzte, bewältigt auch diese Rolle mit Bravour: Er spielt die hilflose Wut eines plötzlich für alle Zeit in den Rollstuhl verbannenen jungen Mannes, die Scham angesichts des Verlusts der Kontrolle über die körperlichen Funktionen und das Wissen darum, auf „normale“ sexuelle Beziehungen verzichten zu müssen, so herzergreifend, dass es schon fast wieder kontraproduktiv zur optimistischen Grundhaltung wirkt, die der Film vermittelt.

Denn dass die Traumatisierung nach einer solchen Lebenskatastrophe derart schnell in die Erkenntnis umschlägt, das Leben sei trotzdem noch lebenswert, wenn man sich nur am Riemen reißt und gute Freunde hat, ist zwar eine schöne, aber die Wirklichkeit beschönigende Drehbuchidee.

Zu dieser Beschönigung gehört auch der abenteuerliche Einfall, den Michels gesunde Freunde, Stefan und Memme, der „Sozialdienst-Tussi“ Julia (Nele Mueller-Stöfen) vortragen: „Wir setzen uns auch in so'n Ding und kommen einfach mit.“ „Mitkommen“ wollen sie zu einer dreiwöchigen Spezialtherapie für traumatisierte Patienten, um den widerstrebenden Michel zu seinem Glück zu zwingen. Und „so'n Ding“ ist der Rollstuhl, in dem die beiden „Querschnittslähmung trainieren“, damit den anderen nicht auffällt, dass sie keine – wie sie es erfrischend unerschrocken nennen – „Behindis“ sind.

Urkomische kleine Slapstickszenen sind das, wie sie mit dem sperrigen Rollstuhl kämpfen, im Türrahmen steckenbleiben, herausfallen – und damit ganz nebenbei eine Ahnung davon vermitteln, wie Rollstuhlfahrer in einer Umwelt, die nicht auf sie eingerichtet ist, buchstäblich anecken und sich große Virtuosität aneignen müssen, um sich überhaupt fortbewegen zu können. Man kann sich das zwar auch ohne solche Szenen denken, aber ihr spielerischer Charakter betont das jugendlich unbekümmerte Element, das Stefan und Memme im Kreis der Behinderten verkörpern.

Als leuchtendes Beispiel in der Gruppe fungiert die „Sozialdienst-Tussi“: Sie, die attraktive, gesunde Frau, ist mit einem Mann im Rollstuhl liiert. Und das verleiht ihr in zweifacher Hinsicht Kompetenz: zum einen zeigt es den Behinderten, dass sie mit deren Problemen vertraut ist, zum anderen, dass es mit dem Liebesleben, trotz Rollstuhl, nicht vorbei sein muss. Am Ende wird es eine Umkehrung dieses Vorbilds geben: Clarissa (Rosalie Thomass), die ihre Verzweigung hinter Aggressivität und schwarzer Gruftie-Schminke verborgen hat, verliebt sich in den vermeintlich behinderten Memme – und er sich in sie. Er kehrt zu ihr zurück, auf zwei gesunden Beinen, und trägt sie, in einer wunderhübschen Szene, auf Händen übers Gras.

Denn es ist natürlich von Anfang an abzusehen, dass sich die Anwesenheit der „undercover“-Rollstuhlfahrer als segensreich erweisen wird. Sowohl für die Dynamik in der Gruppe als auch für jeden Einzelnen: für Yussi (Arnel Taci), den jungen türkischen Macho mit dem großen Mundwerk, der endlich zugeben kann, dass er noch „Jungfrau“ ist und keinen Kumpel hat, der ihn besucht; für Jürgen (Charly Hübner), der sich vor einen Laster werfen will, nachdem sein Traum von

einer neuartigen medizinischen Behandlung geplatzt ist, und der von Stefan im allerletzten Moment ins Leben zurückgerissen wird.

Vor allem aber für Michel, der damit fertig werden muss, dass ihm sein Freund aus Angst und falsch verstandener Rücksichtnahme die Wahrheit vorenthalten hat, der aber doch auch gestärkt aus der Enttäuschung hervorgeht. Ende gut, alles – soweit möglich – gut. Ein wenig zu bilderbuchhaft gemalt. Aber mit Hingabe, Vitalität und Warmherzigkeit in Schwung gebracht.

Sybille Simon-Zülch

Harmlose Heimkehr

„Charlotte Roche unter ...“, Regie: Jochen Schmitz, Buch: Eric Pfeil, Kamera: Jan Kreutz, Jonas Dickmeis (3sat/ZDF/SF, seit 1.10.08, jeweils mittwochs, 23.15–23.45 Uhr)

epd Es war natürlich zu ahnen gewesen, dass keine Besprechung von Charlotte Roches neuer Sendung ohne den Hinweis auf ihren Bestseller „Feuchtgebiete“ auskommen würde. Zwei von ihnen – beide geschrieben von Frauen, was auch immer das bedeuten mag – ordneten sich dem vollständig unter, indem sie sich dessen literarische(!) Rhetorik zu eigen machten, von „Pipi-Kaka-Prosa“ schrieben, zudem behaupteten, Roche sei „zwischen Analfissur und Arschrasur das Gefühl für Interviewpartner verloren gegangen“, und einen (offenbar überraschenden) Mangel feststellten: „keine Muschi, keine Analfissur, kein Schleim, kein Eiter, kein Blut, kein Sperma“. Da wollte wohl noch jemand ein paar aufgestaute „Feuchtgebiete“-Aversionen loswerden – und gab „Charlotte Roche unter ...“ deshalb von Anfang an keine Chance. Ein Fehler. Nicht nur aus journalistischen Gründen.

Denn die fünfteilige Serie, für die die ehemalige VI-VA2-Moderatorin sich als Ein- oder Zweitages-Praktikantin bei einem Bestatter, einem Jäger, einem Lkw-Fahrer, bei der Müllabfuhr sowie im Altenheim verpflichtet hat, ist eben ganz und gar kein Aufreger, das weiß man von der ersten Sekunde an, sondern eine recht entspannte Angelegenheit; obwohl eine Folge jeweils nur eine halbe Stunde dauert.

„Charlotte Roche unter ...“ nimmt das Fernsehen nicht zu leicht und nicht zu schwer: Natürlich strebt das Format eine Art von Aufklärung über vorurteilsbehaftete Berufe im Sinne der „Sendung mit der Maus“ an; mindestens im gleichen Maße aber ist das natürlich die Personalityshow der Charlotte Roche. Das lag ihr schließlich stets am meisten, zu Recht: Die Roche ist

nämlich nicht nur beneidenswert sympathisch (was im Fernsehen gar nicht leicht zu transportieren ist), sondern auch mit der Fähigkeit ausgestattet, ihr Talent zur Schlagfertigkeit dosiert einzusetzen. Wer Katrin Bauerfeind zu fröhlich unreflektiert findet und Sarah Kuttner zu ironisch selbstbezogen, dem dürfte Charlotte Roche gerade recht kommen.

„Charlotte Roche unter ...“ bereitet deshalb beim wiederholten Ansehen fast noch mehr Freude als auf den ersten Blick. Weil man dann bereits weiß, dass man hier nichts wirklich Substanzielles über den Beruf des Müllfahrers oder des Altenpflegers erfahren wird und dass hier kaum Bewegendes passiert – und wenn doch, dass es nicht als solches ausgestellt wird. Stattdessen reihen sich lauter einzelne Momente völlig gleichwertig nebeneinander, die mal einen Eindruck vervollständigen mögen und ein andermal nichts weiter als ein schönes Bild auf den Schirm zaubern. Das mag manchen langweilen. Man kann es aber auch schlichtweg schön finden.

Die Folge „Charlotte Roche unter Jägern“ zum Beispiel: Keiner – außer eben Roches Autor Eric Pfeil – käme wohl auf die Idee, einen Jäger bei der Arbeit zu begleiten, da dieser Beruf in der Wirklichkeit wahrlich nicht viel Action und Spannung zu bieten hat. So kam es dann ja auch: Roche saß brav neben dem Jäger im Hochsitz und nichts, aber auch gar nichts geschah. Sie witzelte ein bisschen, er reagierte höflich, aber nicht gerade euphorisch; dass ein Kamerateam plus Moderatorin ihm das Wild vertreiben würde, war ihm vermutlich vorher klar. Dass die Moderatorin ihn damit vor seinen erfolgreicherer Kollegen noch aufziehen würde – „Da wäre ich lieber mit denen mitgegangen als mit Ihnen!“ – wohl eher nicht. Er nahm's gelassen. Und sie dankte ihm, indem sie ihn vor versammelter Jägermannschaft umgehend der Schuld dafür enthob: „Das Kamerateam war so laut!“

Die große Enttäuschung der „Feuchtgebiete“-Hasser ist demnach nur verständlich. Die Erwartung eines erneuten Skandals läuft angesichts der Ereignislosigkeit von „Charlotte Roche unter ...“ ganz wunderbar ins Leere (was auch daran liegen mag, dass Roche dafür vor der Kamera stand, als der Erfolg dieses Buches höchstens erahnt werden konnte), noch harmloser hätte die 30-Jährige ihre Rückkehr ins Fernsehen nicht angehen können. Und das ist als großes Kompliment gemeint. *Katrin Schuster*

■ KRITIK *Radio*

Es gibt keine Geschichte

„*Recherchegepenst*“, Regie und Bearbeitung: *Leopold von Verschuer*, Buch: *Kathrin Röggl*, Komposition: *Bo Wiget* (Bayern 2, 28.9.08, 15.00–16.00 Uhr)

Frankfurt (epd). epd Das dominierende Stilmittel dieses Stücks ist die indirekte Rede. „Diese Geschichte spiele in Berlin, habe ich selbst gesagt. Man müsse sich dafür nicht wegbewegen.“ Zwei Menschen sprechen über eine anscheinend als journalistische Arbeit gestartete Recherche, – das heißt, sie sprechen weniger miteinander, als nur wiederum über das Gespräch darüber. Indirekter geht es kaum.

Laut Programmheft ist das Stück der 37-jährigen österreichischen Schriftstellerin Kathrin Röggl ein Gespräch zwischen der neuen Sheherezade, der offenbar die Erzähkraft abhandengekommen ist, und ihrem Bruder. Die moderne Scheherezade hat viele Interviews geführt, um sich aus 1001 Land berichten zu lassen: vom Schicksal der aus Krisenregionen Heimkehrten. Von Entwicklungshelfern oder von Ärzten etwa, die nach jahrelangen Auslandseinsätzen „verbusch“ sind und deshalb in deutschen Krankenhäusern nicht mehr gefragt.

Man könnte aus Rögglas Text Kritik an den primär an ihrer eigenen Selbstverwirklichung interessierten, gut verdienenden, „Sozialöldnern“ lesen. Die im Gedanken daran, Gutes zu tun, oft genau das Gegenteil anrichten: Humanitäre Arbeiter, die lokale Märkte zerstören, schwache Infrastrukturen beanspruchen, Gelder abziehen und an falscher Stelle ausgeben, bzw. hauptsächlich für den eigenen Organisationserhalt. Organisationen, die nur dazu gegründet wurden, um Ausschreibungen zu gewinnen.

Aber so explizit macht es Röggl gar nicht. Der Text ist ein Dialog über die Recherche. Er bleibt künstlich verrätselt und lässt dabei auch die Frage offen, ob er sich nur interessant macht dadurch, gibt er doch vor, mehr zu übermitteln als die allgemein bekannte Kritik an der Entwicklungshilfe und der Doppelmoral ihrer Mitarbeiter. Sie machen es sich ja bequem, die Sozialöldner, sie vermischen sich nicht mit der lokalen Bevölkerung, sondern bleiben unter ihresgleichen. Aber wenn sie in die Heimat zurückkommen und kein Geschäft aus ihren Fähigkeiten gemacht haben bis dahin, keine Karrierepunkte, kein Geld angesammelt haben, dann brauchen sie auch psychologische Beratung und Wiedereingliederungsdienste, dann finden

sie hier plötzlich keinen Job mehr und können sich nicht mehr unterordnen.

Die einzigen szenischen Elemente sind die Bänder mit den Interviews. Ausführlich und in wichtigem Ton tragen die Befragten ihre Berichte vor, von der täglichen Arbeit und dem persönlichen Einsatz, unterbrochen von einem nervtötenden „ja, ja“ der Recherchierenden.

Im Dialog über die Recherche werden dann erzählerische Strategien debattiert. Es fehle der Einstieg, beklagt der Bruder, die Hauptperson. Die O-Töne würden nicht richtig genutzt, es fehle die Zuspitzung aufs Sozialsöldnertum. Der Bruder beklagt, dass das Ursprungsinteresse der Recherche aus dem Blick geraten

sei. Die Schwester beißt sich an etwas fest, das sie anscheinend selbst gar nicht benennen kann. Vielleicht ist es das Dilemma, dass sich die Sozialsöldner einem klaren Urteil eben doch entziehen. Das gibt keine Geschichte, würde der Chefredakteur vielleicht sagen.

Auch die Inszenierung selbst fängt den Geist des Gespenstischen ein und schafft dabei eine zeitlose, schwebende Stimmung. Es gibt keine harten und kalten Elektrosounds, die sonst bei jüngeren Autoren so gern verwendet werden. Schlichte, schöne Töne. Dazu unaufgeregte Sprecher wie Röggl selbst, Eva Brunner und Leopold von Verschuer, präsent und klar.

Tina Klopp

■ DOKUMENTATION

„Massiv widerstreitende Positionen“

12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag: VPRT appelliert abermals an die Länderchefs

epd Kurz vor der Entscheidung der Ministerpräsidenten über den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, die für den Nachmittag des 23. Oktober erwartet wird, hat sich der Präsident des Verbands Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT), Jürgen Doetz, nochmals brieflich an die Länderchefs gewandt und vor Wettbewerbsverzerrungen zuungunsten privater Medienanbieter gewarnt. Dieser Fall werde eintreten, sollte der Gesetzgeber ARD und ZDF nicht eindeutige Grenzen bei deren digitalen Angeboten (TV-Spartenkanäle, Telemedien und digitaler Hörfunk) setzen, schrieb Doetz (vgl. auch Meldung in dieser Ausgabe). Wir dokumentieren den am 21. Oktober veröffentlichten Wortlaut.

12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Hier: Zur abschließenden Beratung der Rundfunkkommission / der MPK

(Anrede),

im Vorfeld der Sitzung der Rundfunkkommission der Länder sowie der anschließenden Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten möchten die privaten Rundfunk- und Telemedienanbieter im VPRT nochmals auf ihre wesentlichen Anliegen bei der Umsetzung der Beihil-

fenentscheidung der EU-Kommission in den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag hinweisen. An dieser Stelle bedanken wir uns bereits für Ihren Einsatz, angesichts der z. T. massiv widerstreitenden Positionen einen angemessenen Interessenausgleich zu finden.

Dies ist aus unserer Sicht in zentralen Fragen bislang noch nicht gelungen. Unsere entsprechenden Vorschläge fassen wir in den folgenden fünf Punkten zusammen:

1. Unterhaltung nicht über allgemeinen Auftrag zum Bestandteil digitaler Zusatzkanäle machen: Unterhaltung ist in digitalen Zusatzkanälen und Telemedien von ARD und ZDF ausdrücklich vom Auftrag auszunehmen. Durch den derzeit vorgesehenen allgemeinen Bezug zum Auftrag würden Unterhaltungsprogramme und -portale faktisch mit ermächtigt. Eine ausdrückliche Ausnahme stellt aber auch im Onlinebereich keine Verkürzung gegenüber dem allgemeinen Auftrag dar – vielmehr bedürfen unterhaltende Angebote in den Zusatzdiensten einer besonderen gesellschaftlichen Legitimation, die von der Politik nicht unterstellt werden kann.

Reine Ergänzungsfunktion der digitalen TV-Kanäle: Den digitalen TV-Kanälen darf allenfalls eine Ergän-

zungsfunktion in den Schwerpunktbereichen Bildung, Information und Kultur zukommen, statt – wie derzeit für den ZDF Familienkanal und EinsFestival – unterhaltende und altersorientierte Vollprogramme zu ermöglichen. Anstelle einer Beauftragung sollte die Legitimation über einen Drei-Stufen-Test erfolgen.

2. Keine Ermächtigung weiterer digital-terrestrischer Hörfunkprogramme: Die Protokollerklärung bringt die Einigkeit der Länder zum Ausdruck, dass die Programmzahlbegrenzung unter bestimmten Bedingungen in der Zukunft (nach oben) angepasst wird. Hierfür besteht angesichts einer Gesamtzahl von 65 öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogrammen kein Bedürfnis, zumal innerhalb dieser Beschränkung der Austausch von Programmen möglich ist. Hinzu kommt, dass der Staatsvertrag nach Durchlaufen eines Drei-Stufen-Tests weitere ausschließlich im Internet verbreitete Hörfunkprogramme ermöglicht, die künftig neben UKW eine tragende Rolle spielen werden und über konvergente Endgeräte ebenso zu empfangen sind. Die Protokollerklärung bereitet den Weg für eine Abkehr vom bisherigen Konsens zur Deckelung des ARD-Hörfunkangebotes und sollte daher gestrichen werden.

3. Beibehaltung der Zeitgrenzen für die Auswertung von Programminhalten in Telemedien: Die Politik muss mit einem klaren Votum an den Zeitgrenzen für die Auswertung im Internet festhalten. Schon jetzt besteht bei den 7-Tages-Fristen die Gefahr, dass diese durch Telemedien- und Verweildauerkonzepte der Anstalten ausgehebelt werden. Das größte Risiko ist, dass für alle Telemedien nur ein Prüfverfahren auf sehr hohem Abstraktionsniveau durchgeführt wird, das die gesetzliche Grenze pauschal entwertet bzw. faktisch aufhebt. An der 7-Tages-Frist ist somit zwingend festzuhalten, eine Verlängerung sollte – vergleichbar der 24-Stunden-Frist für Sportereignisse – nicht oder allenfalls nur in begründeten Einzelfällen möglich sein.

Behauptungen von ARD und ZDF, 24-Stunden-Rechte beim Abruf von Sportsendungen existierten nicht bzw. erforderten keine zusätzlichen Zahlungen, weisen wir deutlich zurück. Jedes Recht hat seinen Preis. Auf „Rechtekategorien“ wie „7 Tage“ oder „24 Stunden“ kommt es zudem nicht an, da jedes gebührenfinanzierte Online-Angebot den privaten Auswertungsmarkt massiv beschädigt. Zudem entstehen durch die Bereitstellung neben den Rechtekosten auch erhebliche Infrastruktur- und Sicherheitskosten (Speicher-, Vorhalte- und Abrufkosten, Rechtemanagement und Geo-blocking) – schon bei einzelnen Großereignissen geschätzt auf über 1 Mio. €. An den Fristen ist auch hier festzuhalten.

4. Verbesserungen beim Drei-Stufen-Test: Der Test ist als gesellschaftliche Legitimation für bestehende und neue Telemedienangebote verpflichtend einzuführen sowie bzgl. der Durchführungsvoraussetzungen gesetzlich zu definieren (was ist „neu“ bzw. „verändert“?). Dabei ist eine externe Kontrolle zwingend vorzusehen, auch wenn die Letztentscheidung bei den Gremien liegt. Andernfalls wird das Ziel einer gesellschaftlichen Legitimation der Gebührenfinanzierung unter Berücksichtigung der Marktauswirkungen nicht erreicht werden.

5. Ergänzung der Negativliste um Themenportale: Hier fehlt es nach wie vor am Ausschluss von Online-Sport-, Jugend- und Musik-Portalen sowie anderen spartenbezogenen Portalen (z. B. Koch-, Lifestyle- oder Doku-Portale). Die Zusammenfassung aller spartenbezogenen Inhalte, die – sendungs- oder nicht sendungsbezogen – im Rahmen aller öffentlich-rechtlichen Angebote dargestellt werden, machen einen privaten Markt in diesem Bereich obsolet und beschädigen auch die private Spartenprogrammvielfalt im Rundfunk.

Gestatten Sie uns abschließend eine Anmerkung zu den am Rande der Beratungen zum Staatsvertrag angestellten Überlegungen, anstelle von präzisen gesetzlichen Definitionen – z. B. der „elektronischen Presse“ – Co-Regulierungsansätze zu verfolgen, indem bestimmten Branchen jenseits der gesetzlichen Merkmale die Abgrenzung von Geschäftsmodellen ermöglicht würde. Dieser Ansatz stellt für uns keine tragfähige, weil völlig unberechenbare Option dar, umso mehr wenn sie lediglich zwei Gruppen von Beteiligten einbezieht, obwohl Textdienste auch von anderen Marktteilnehmern angeboten werden.

Für die Berücksichtigung der genannten Punkte im Rahmen der anstehenden Beratungen möchten wir uns bereits jetzt bedanken. Nur auf diesem Wege kann sichergestellt werden, dass das duale System auch in Zukunft tragfähig bleibt und die Wettbewerbsverzerrungen, die das Verfahren zum 12. RÄndStV angestoßen haben, dauerhaft abgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Doetz

Präsident

■ NOTIERT

■ „So weit waren wir also einmal schon in der medienkritischen Debatte, lange bevor die Privatsender kamen und die Welt doch nicht verdarben. Und lange bevor das öffentlich-rechtliche Fernsehen sich entschloss, sich auf jedem Feld mit beinahe jedem Mittel mit jedem Konkurrenten zu messen. Der Wettbewerb hat die Qualität befördert, bei den Filmen, den Serien und den Dokumentationen. Und er hat sie in Frage gestellt. Wäre vor Jahren jemandem eingefallen, Boxnächte bei ARD und ZDF zu veranstalten? Oder Telenovelas und Seifenopern täglich zu senden? Sie sind seit langem da, und man fragt sich, ob sie nicht mit Recht dazugehören. Denn das Urteil der Medienkritiker ist auch den Moden unterworfen. Die vernichtenden Kritiken, die man 1971 zum ersten ‚Tatort‘ des großen Regisseurs Peter Schulze-Rohr, ‚Taxi nach Leipzig‘, lesen konnte, würde heute niemand mehr verstehen, nicht einmal Superverrisse zu ‚Deutschland sucht den Superstar‘.“
- Michael Hanfeld in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

■ „Jemand wie er (Reich-Ranicki, die Red.) darf uns jederzeit die Leviten lesen, die Totalablehnung war allerdings überzogen. Auch er gehört zum deutschen TV-Establishment. Viele Jahre hat er eine erfolgreiche Literatur-Show moderiert, der er zumindest einen Teil seiner persönlichen Prominenz verdankt. Aber das war in einer Zeit, als anständige 68er wie ich neben ihm auch Monty Python und ‚Pardon‘ liebten; in einer Zeit, als Intellekt und Comedy noch keinen Widerspruch darstellten.“
- Thomas Gottschalk im „Spiegel“.

■ „Reich-Ranicki taugt nicht zur Galionsfigur im Kampf um mehr Niveau im Fernsehen. Es ist ja fast schon tragisch, dass ich mit meinen zwei Semestern Germanistik nun seine Fackel aufnehmen muss. Aber

ich tue es gern, weil sich intellektuelle Elite und Bildungs-Prekariat in Deutschland zusehends auseinanderentwickeln. Beide Seiten wollen immer weniger miteinander zu tun haben. Ich bin aber der Meinung, dass es zwischen Frankfurter Anthropologie und ‚DSDS‘ noch etwas geben muss. Etwas Einendes, Identitätsstiftendes.“
- Thomas Gottschalk im „Spiegel“.

■ „Es gibt Möglichkeiten, dieses Fernsehen zu verändern und zwar nicht in Richtung der Privaten. Nicht unter-, sondern bitte überbieten. Man kann es jetzt angehen. Alles ist derzeit festzementiert für die Ewigkeit, und es ist nicht einzu-sehen, warum das so sein muss. Wer untersucht bitte, ob es Faulheit, Inkompetenz, Angst oder Dummheit ist? Dann kann man handeln, wie bei den Bankern.“
- Elke Heidenreich in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

■ „Warum braucht die ARD einen eigenen Digitalkanal, um ihre Zuschauer nachmittags jenseits der ‚Tagesschau‘ über das Leben außerhalb der deutschen Zoos zu informieren?“
- Stefan Niggemeier in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

■ „Es gibt nämlich nicht nur bei Fernsehmachern, sondern auch im Publikum ein enormes Bedürfnis, sich über ‚das Fernsehen‘ zu beschweren. Es wird noch viel in-brünstiger verachtet als ‚die Bahn‘ oder ‚die Politiker‘. Am dümmsten finden das Fernsehen jene, die es schon lange nicht mehr gucken. (...) Wenn ich in Momenten mentaler Zerrüttung versehentlich bei ‚Richter Alexander Hold‘ hängen bleibe, dann mache ich mir aber auch Sorgen. Das hat nicht nur mit der Sendung und dem Zustand der daran Beteiligten zu tun. Es liegt vor allem an der Vorstellung, dass es da draußen, vor meinem Fenster, Menschen gibt, die danach jiejern. Menschenmassen. Andernfalls wäre das Zeug ja keine zehn Tage auf

Sendung.“
- André Mielke in „Welt Online“.

■ „Es herrscht nach all den Jahren der Entspannungspolitik eindeutig wieder kalter Krieg zwischen ‚high‘ und ‚low‘, zwischen ‚Anspruch‘ und ‚Trash‘, und die Front verläuft vom Deutschen Fernsehpreis am vorigen Wochenende bis durch die Hallen dieser Buchmesse. Ältere, sonst vollkommen hoheitsvolle Damen steigern sich da in reich-ranickieske Zornesausbrüche, als sie im offiziellen Buchmesseführer des offiziellen Lesezeichens ansichtig werden: ‚Ich bin bald Mami‘, steht da rosa auf hellblau, Werbung für das ‚Mami-Buch‘ aus einem Verlag, der so klingt, als wäre er eigentlich eine Konditorei.“
- Peter Richter und Volker Weidemann in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

■ „Als Thomas Gottschalk und Marcel Reich-Ranicki am Freitagabend ihr Gespräch, das keines war, (...) beendet hatten, kam ‚Aspekte‘, die möglicherweise langweiligste Kultursendung im deutschen Fernsehen. Man hätte es auch nicht schlimm gefunden, wenn die einfach ausgefallen wäre, so uninspiriert kann eigentlich kein Mensch von der Buchmesse berichten (dass Literaturvermittlung im Fernsehen auch anders, besser funktioniert, beweist übrigens Denis Scheck in der ARD). Als dann die Moderatorin Luzia Braun ihren Chef Wolfgang Herles ganz locker am Stehtisch zur Qualitätsdebatte interviewte, da wirkte das so auswendig gelernt, so vorhersehbar, so klein, dass man an diesen drei Minuten das Elend des Fernsehens erkennen konnte: kein Witz, kein Tempo, kein Feuer. Eine halbe Stunde später bewies Markus Lanz immerhin zwei Dinge: Selbstverliebtheit und Talentlosigkeit gehören sofort im Fernsehen verboten. Und: Eine Sendung ist dann am Ende, wenn man die ganze Zeit auf Atze Schröder wartet, der mit Horst Lichter was Lustiges kocht.“
- Matthias Kalle in „tagesspiegel.de“.